Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotdorferstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7589.

Nr. 143. **Magdeburg, Mittwoch, den 22. Juni 1898.** **9. Jahrgang.**

Parteigenossen, Radfahrer!

Am 24. Juni werden in den Wahlkreisen Calbe-Aschersleben, Wanzleben und Anhalt I und II

300 Parteigenossen, darunter 80 Radfahrer,

gebraucht. Die Nationalliberalen machen ungeheuere Anstrengungen, die Wahlkreise zu behalten. Auf Wahlbeeinflussungen der ärgsten Art müssen wir daher gefaßt sein. Unseren Genossen in diesen Wahlkreisen beizustehen, ist unsere Pflicht. Deshalb aufmarschieren! **Sozialdemokraten Magdeburgs, erblickt eine Ehre darin, diese Wahlkreise gleich Magdeburg für die Sozialdemokratie zu erobern.** Wer sich am Freitag frei machen kann, melde sich heute an den bekannten Stellen unter Angabe des Namens und der Wohnung. Der Treffpunkt am Wahltage wird in der morgigen Nummer bekannt gegeben. Auf zum Kampf, auf zum Sieg!

Das Central-Wahlkomitee.

Ordnungsparteiliche Beklemmungen.

Der gewaltige Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie hat in ganz Deutschland und über die Grenzen Deutschlands hinaus im Bürgertum Angst und Beklemmung hervorgerufen. Der Ruf nach Sammlung, so schreibt die Wiener Arbeiter-Zeitung, erschallt dringender durch die offiziöse und konservative Presse, die klerikale stimmt ein, und wenn die freisinnige mit der Sprache zurückhält, so ists wohl hauptsächlich die Rücksicht auf so manche Stichwahl, in der die sozialdemokratischen Wähler für den freisinnigen Kandidaten zu entscheiden haben. Das ist ja so weit alles in der besten Ordnung. Daß das Herz der glücklich Besitzenden aller Arten und Farben ängstlich zu pochen beginnt, wenn sich die Macht und Geschlossenheit der Besitzlosen so überwältigend offenbart, wie soll uns das wundern? Verwunderlich ist nur die Naivetät, die von dem Ergebnis der Wahlen im Deutschen Reiche so überrascht scheint. Was drückt denn der Wahlsieg der deutschen Arbeiterpartei anderes aus als daß in Deutschland, entsprechend der großen Volksvermehrung und der riesigen Entwickelung der Industrie, das Proletariat seine Zahl ungeheuer vermehrt hat und in Städten und industriellen Bezirken bereits die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, und das dieses Proletariat zum Klassenbewußtsein erzogen und zum politischen Kampf trefflich geschult ist? Sind diese Thatsachen etwa neu, bilden sie nicht seit mehr als anderthalb Jahrzehnten den ständigen Stoff öffentlicher Erörterungen?

Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht Deutschlands läßt die wirklichen Machtverhältnisse an den Tag treten; aber wären die Dinge anders, wenn ein verkünsteltes Stimmrecht ihre Wirkungen verschleierte? Was so urkräftig in der Gesinnung von Millionen lebt und von der allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gehoben wird, das läßt sich durch die ausgeklügeltsten Abstimmungskünste nicht beseitigen und würde im Notfalle ein anderes Strombett finden. Wären an der Spitze des Deutschen Reiches weitblickende und wirklich deutsche Staatsmänner, dann müßten sie aus dem Wahlergebnis lernen, daß ein Regierungssystem, das sich, wie das bisherige, in bewußten Gegensatz zu der zahlreichsten und politisch geschlossensten Volksklasse stellt, eine Unmöglichkeit geworden ist, weil regieren gegen die lebendigste Volkskraft am Ende unseres Jahrhunderts ein wahnwitziges Beginnen bedeutet. Ob die Arbeiter und ihr politisches Verhalten den Regierenden und ihrem bureaukratischen Autoritätsdünkel bequem oder nicht bequem sind, hat wenig zu sagen. Die deutsche Arbeiterpartei ist eine ungeheure Macht, und eine Reichspolitik, die mit ihr nicht rechnet, kann nur eine Politik unfruchtbaren Irrens und gefährlichen Experimentierens sein.

Von dieser Lehre vernimmt man freilich nichts, weder in den Preßkundgebungen der Regierung, noch in denen des Bürgertums. Im Gegenteil, die alten und hundertmal als erfolglos erwiesenen Mittelchen der „Sammlung, des Frontmachens gegen die Sozialdemokratie" werden wieder einmal, und nur noch dringender, anempfohlen. Es ist wohl nicht einmal Thorheit und Furcht allein, es ist eben soviel Spekulation dabei, Spekulation der Junker und sonstigen Kartellhelden, deren Sammlungsschwindel bei der Hauptwahl so kläglich gescheitert ist. Vielleicht thut der sozialdemokratische Wauwau auf die von den Wahlsiegen der Sozialdemokraten erschreckten Spießbürger nun doch die Wirkung, die am 16. Juni ausgeblieben ist, und die Firma Posadowsky-Plötz rettet bei den Stichwahlen noch ein kleines Profitchen. Indeß, auch wenn die allseitige Sammlung der bürgerlichen Parteien rechts und links, muckerisch und ultramontan, agrarisch und freihändlerisch, gelingen sollte, was so ganz allgemein gewiß nicht der Fall sein wird, so kann die deutsche Sozialdemokratie die Folgen diesmal gleichmütiger als je tragen. Sie hat ja am 16. Juni erfahren, wie schnell sie in den von ihr durchsetzten Wahlkreisen von der relativen zur absoluten Mehrheit fortschreitet, und sie kann die fünf oder zehn Jahre warten, bis sie das Mandat, das ihr die Koalition der bürgerlichen Parteien heute verweigert, dann durch eigene Kraft gewinnt. Sie ist ihres Erfolges so oder so sicher.

Deßhalb giebt sich die deutsche Sozialdemokratie auch nicht zu einem solch elenden Mandatsschacher her, wie er von bürgerlichen Parteien betrieben wird. Sie wird in den bevorstehenden Stichwahlen getreu ihrer Parole: Nieder mit der Reaktion, handeln und dementsprechend dem bürgerlichen Freisinn wenigstens einigermaßen auf die Beine helfen. Nicht um der schönen Augen der Freisinnigen halber, sondern in der klaren Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit.

Ob der Freisinn ebenso handelt, werden die Stichwahlen ja zeigen. Für die bürgerliche Demokratie, die ja keine Ursache hat stolz zu sein, auf ihre Erfolge im Wahlkampfe wird aber die etwaige Unterstützung der Reaktion den entgültigen Untergang bedeuten. Wenn nicht in klarer, entschiedener Weise bei den Stichwahlen die bürgerlichen Oppositionsparteien an der Seite der Sozialdemokratie den gemeinsamen Feind, die Reaktion bekämpfen, wenn sie sich einschüchtern lassen durch den Umsturz-Wauwau und aus Angst vor dem roten Gespenst die Schleppträger der Reaktion spielen, denn bedeutet dieses für die bürgerliche Demokratie den Anfang vom Ende. —

Preßstimmen zu den Stichwahlen.

In den Zeitungen aller Parteien wird jetzt das Verhalten bei den Stichwahlen eingehend besprochen. Im Vordergrunde steht natürlich die Stellungnahme gegenüber der Sozialdemokratie, deren Bekämpfung bei den Stichwahlen von allen „Ordnungs"parteien empfohlen wird. Nur freisinnige Zeitungen halten sich noch etwas reserviert. Soweit Aeußerungen bis jetzt vorliegen, führen wir folgende Preßstimmen an:

Magdeburgische Zeitung.

Bei den Stichwahlen muß die Parole sein: „Vorwärts mit vereinten Kräften gegen die reaktionärste aller Parteien, gegen die kulturfeindliche Sozialdemokratie!" —

Kreuzzeitung.

„So wie sich auch immer der Freisinn verhalten möge, durch Schuld der Konservativen darf und soll die Sozialdemokratie nicht einen Sitz im Reichstag gewinnen. Nichts könne königstreue, staatserhaltende Männer von ihrer Pflicht entbinden, alles daranzusetzen, um der Sozialdemokratie Abbruch zu thun. Je schwerer der Freisinn uns die Erfüllung dieser Pflicht macht, um so ehrenvoller für uns ist es, ihr trotzdem nachzukommen."

Berliner Politische Nachrichten.

Das Organ des Herrn v. Miquel fordert „alle kaiser- und reichstreuen Wähler" auf, am Stichwahltage bis auf den letzten Mann gegen die sozialdemokratischen Mandatsbewerber zu stimmen.

Schlesische Zeitung.

Das konservative, mit der Stummschen Post geistesverwandte Organ schreibt: „Wir wissen wohl, daß es den Angehörigen der Kartellparteien und insbesondere den Konservativen hart ankommen muß, für einen volksparteilich Freisinnigen oder einen süddeutschen Demokraten zu stimmen. Sie müßten sich aber sagen, daß die Stichwahl nicht die geeignete Gelegenheit ist, um Vergeltung zu üben. Sie stimmen eben, indem sie den bürgerlichen Demokraten wählen, gegen die Sozialdemokratie. Sie müssen diese harte und selbstverleugnende Pflicht üben, selbst wenn sie annehmen, daß die Partei des Kandidaten, dem sie ihre Stimme geben, im analogen Falle die entgegengesetzte Taktik beobachtet." —

Freisinnige Zeitung.

Aus Aeußerungen verschiedener Blätter, wie der Volks-Zeitung, der Frankfurter Zeitung, der Berliner Zeitung sogar des Berliner Tageblatts werden in Blättern anderer Parteien Schlüsse gezogen auf die Wahltaktik der Freisinnigen Volkspartei bei den Stichwahlen. Die betreffenden Blätter haben weder Fühlung mit der Leitung der Freisinnigen Volkspartei, noch sind sie über die Stellungnahme der Partei in den einzelnen Wahlkreisen unterrichtet. —

Volks-Zeitung.

„Der Stimmenbettel, wie er jetzt seitens der reaktionären Parteien bis zum Tage der Stichwahl „organisiert" wird, grenzt stellenweise an das moralisch Ekelhafte. Im besonderen ist es der Freisinn, der von konservativer Seite in geradezu widerwärtiger, für die Freisinnigen nicht gerade sehr schmeichelhafter Weise um Unterstützung der Reaktion angejammert wird. Heute ist es die Korrespondenz des — Bundes der Landwirte, die den Freisinnigen als fettgedruckten „Anhängern der Ordnung" den verräterischen Judaskuß der Reaktion mit potenzierter Inbrunst auf den ordnungsparteilichen Brudermund drücken möchte. Dabei entblödet sich die Korrespondenz des Bundes nicht, den freisinnigen Wählern auf dem Lande die Dummheit nachzusagen, daß sie gar nicht wüßten, was ihre „Führer" eigentlich vertreten. Wäre ihnen, den ländlichen Wählern, die freisinnig gestimmt haben, das freisinnige Programm wirklich bekannt, so würden sie überhaupt nicht freisinnig wählen — dies ist die saubere Art, wie das Bundesorgan die freisinnigen Wähler erst dumm macht, um sie dann desto besser für die Reaktion einfangen zu können. Gehen die freisinnigen Wähler nun wirklich auf diesen Leim, so haben die guten Bündler zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Erstens haben sie dem reaktionären Rabatt-Patriotismus einige parlamentarische Vertreter mehr zugeführt; zweitens haben sie eine taktische Handhabe, mit der sie die freisinnigen Wähler als im Gegensatz zu dem Parteiprogramm stehend reklamieren können. Wie weit die Reaktion mit diesem Appell an die Dummheit kommen wird, bleibt abzuwarten. Einstweilen ist mit Beschämung zu konstatieren, daß die freisinnige Kieler Zeitung den Bündlern in schlotterichter Sozialistenfurcht völlig zu Willen ist, indem sie die Liberalen und Freisinnigen auffordert, in Dithmarschen für den Agrarier Kahlcke und in Flensburg sogar für den von den Agrariern auf den Schild gehobenen Hamburger Antisemiten Raab zu stimmen, um die sozialdemokratischen Kandidaten zu Fall zu bringen! —

Bund der Landwirte.

„Für die bevorstehenden Stichwahlen", so schreibt die Korrespondenz des Bundes der Landwirte, „erwarten wir, daß auch unsere Freunde überall da, wo es sich um den Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und irgend einer anderen Partei handelt, nachdrücklichst gegen die Sozialdemokratie Stellung nehmen werden. Mag es auch manchem unserer Freunde außerordentlich schwer fallen, für den Freisinn einzutreten, der die nationale Wirtschaftspolitik in einer ebenso scharfen Weise bekämpft, wie die Sozialdemokratie, so wird doch [illegible] allen politischen Gegensätzen

schließlich die Sache der Ordnung als das zu allererst in Frage kommende politische Moment hoch gehalten werden müssen." —

Der Freisinn und die Stichwahlen.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den Stichwahlen ist festgelegt durch den Beschluß des Hamburger Parteitages, den wir gestern unseren Lesern mitgeteilt haben. Danach wird die freisinnige Volkspartei überall unsere Unterstützung finden, wo sie mit einem reaktionären Gegner um das Mandat ringt. Dieselbe entschiedene Stellungnahme sucht man aber beim Freisinn vergebens. Nur einige rühmliche Ausnahmen sind zu verzeichnen. So wurde im dritten weimarischen Wahlkreise ein Aufruf verbreitet, in welchem alle liberal gesinnten Wähler zur kräftigen Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten gegenüber dem „Sammelpolitiker" aufgefordert werden. Mit einer herzerfrischenden Deutlichkeit wird in demselben dem Rabattpatriotismus der Text gelesen und in energischer Weise für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Propaganda gemacht. Keine Wahlenthaltung! heißt es, weder aus blinder Gegnerschaft gegen die sozialdemokratische Partei, noch aus persönlicher Abneigung gegen ihre Anhänger! Wahlenthaltung aus derartigen Beweggründen bedeutet unter den Verhältnissen in diesem Wahlkreise direkte Beförderung des Sieges der reaktionären Parteien. Wen man aber unter dem Appell an den Patriotismus ködern wollte, der „Reichstreue" wegen die Geschäfte des Bundes der Landwirte besorgen zu helfen, der möge jeden solchen Versuch abwehren mit der Erklärung: die wahren Reichstreuen sind diejenigen, die Deutschland davor bewahren wollen, mehr und mehr eine Domäne der Landbarone und der Industriemagnaten zu werden! Hoffentlich findet dieses Beispiel, welches jetzt noch sehr vereinzelt dasteht, Nachahmung, dann wird das deutsche Volk bei den Stichwahlen der Reaktion den Kehraus tanzen. —

Die Stichwahlen im Verbreitungsgebiete der Volksstimme.

Amtliches Resultat für Kalbe-Aschersleben.

Abgegeben wurden 34 648 Stimmen. Davon für Schmidt (Soz.) 17 090, Placke (natl.) 13 894, Saalwächter (freis.) 2232, Bindewald (Antis.) 1237, zersplittert 50, ungültig 145 Stimmen. Danach muß also Stichwahl stattfinden zwischen Schmidt und Placke. —

Als allzeit getreue Schleppträger der Reaktion erweisen sich natürlich die Antisemiten. Die Sachsenschau tritt für die Wahl des nationalliberalen Kandidaten und energische Bekämpfung der Sozialdemokratie ein. Für den Wahlkreis

Calbe-Aschersleben

fordert das Antisemitenblatt seine Anhänger auf, Herrn Placke zu wählen. Es schreibt: Wähler der Kreise Calbe-Aschersleben! Euch ist es diesmal besonders schwer, zu vergessen, was in dem Wahlkampfe geschehen, gesündigt ist und trotzdem müßt Ihr das patriotische Opfer bringen. Es soll sich auch niemand von dem Gedanken leiten lassen, es nützt ja doch nichts. Viele Wähler, und gerade Nicht-Sozialdemokraten sind zu Hause geblieben. Die vernünftigen Freisinnigen werden auch für die Kandidatur Placke zu haben sein. Thut Eure Pflicht, unbekümmert darum, was andere thun, so will es die Partei, so das Vaterland. Für die Zukunft ebnet Ihr dadurch der Partei die Wege hier und anderwärts. Das ist mehr, als Ihr selbst im Augenblick vermeint. Wenn jeder geneigt ist, Opfer zu bringen und einen Pflock zurückzustecken, dann könnt Ihr auch auf den Sieg rechnen. Das Vaterland über die Interessen des einzelnen, sei heute und immer unsere Parole als Antwort auf die gehässigen Angriffe der Sozialdemokraten auf den „Kunstmaler" Bindewald. —

Wanzleben.

Daß im Wahlkreise Wanzleben die Antisemiten die Kandidatur Heiligenstadt unterstützen ist selbstverständlich. Die Sachsenschau schreibt hierzu: Wähler des Wahlkreises Wanzleben! Glaubt nicht, daß der Vorsprung, den Dr. Heiligenstadt in der Stichwahl auf sich vereinigt hat, ihm unbedingt den Sieg sichern müßte. Die Sozialdemokratie, die über unerschöpfliche Mittel verfügt, wird verzweifelte Anstrengungen machen und den linken Flügel des Freisinns zu umgarnen suchen. Darum bleibe niemand bei der Stichwahl zu Hause, suche vielmehr jeder den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen, damit die gemeingefährliche und gewissenlose Agitation der Sozialdemokratie und speziell ihres Kandidaten die gebührende Zurückweisung erhält, wie sie in anderer Beziehung noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird infolge der Versammlung in Langenweddingen. Wir ersuchen darum unsere Freunde dringend, nicht nur selbst zur Wahlurne zu gehen, sondern mit aller Thatkraft in den Wahlkampf zu Gunsten des Dr. Heiligenstadt einzutreten. Die Wahl hat schon im ersten Gange erwiesen, daß die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, durch geschlossenes Vorgehen der bürgerlichen Elemente muß dieser Beweis noch viel schärfer erbracht werden. Er kann es, wenn jeder am Freitag, den 24. Juni seine Pflicht thut und den Kandidaten der Ordnungsparteien, Dr. Heiligenstadt, wählt. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Stichwahlen.

Es fehlen die Angaben, wann die Stichwahlen stattfinden sollen. Für Preußen scheint allgemein am 24. d. M. festgehalten zu sein. In Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Weimar finden die Stichwahlen am 25., in Bayern am 25. und 27., in München 1 am 25. statt.

Das Gesamtresultat der Wahlen.

Als Gesamtresultat der Reichstagswahlen führt das Wolffsche Telegraphenbureau nachfolgendes an. Wir bemerken dabei im voraus, daß das Telegraphenbureau sich als sehr unzuverlässig erwiesen hat und auch jetzt noch fortgesetzt seine Nachrichten berichtigt. Nach dem Wolffschen Telegraphenbureau sind also gewählt: 38 Konservative, 10 Reichspartei, 85 Centrum, 5 Reformpartei, 10 Nationalliberale, 1 Freisinnige Vereinigung, 1 Freisinnige Volkspartei, 1 Bund der Landwirte, **32 Sozialdemokraten,** 13 Polen, 1 Däne, 9 Fraktionslose und 3 Bauernbündler. Es sind 188 Stichwahlen erforderlich. An denselben sind beteiligt: 48 Konservative, 25 Reichspartei, 40 Centrum, 6 Reformpartei, 70 Nationalliberale, 11 Freisinnige Vereinigung, 38 Freisinnige Volkspartei, 8 Deutsche Volkspartei, 7 Bund der Landwirte, **101 Sozialdemokraten,** 4 Polen, 9 Welfen, 4 Fraktionslose, 1 Christlich-Sozialer und 4 Bauernbündler. Die Konservativen gewinnen bisher 4 und verlieren 4, die Reichspartei gewinnt 1 und verliert 2, das Centrum gewinnt 5 und verliert 1, die Reformpartei verliert 5, die Nationalliberalen gewinnen 3 und verlieren 7, die Freisinnige Vereinigung verliert 3, die Freisinnige Volkspartei verliert 4, die Deutsche Volkspartei verliert 4, die Sozialdemokraten gewinnen 3 und verlieren 3, die Polen gewinnen 1 und verlieren 6 Sitze. —

Die Übrigen des Bundes der Landwirte.

Bisher sind mit Unterstützung des Bundes der Landwirte nach der Deutschen Tageszeitung 66 Abgeordnete gewählt, welche ausnahmslos bindende Erklärungen über ihr Bekennen zum agrarischen Programm abgegeben haben. —

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Ein neues Sozialistengesetz fordern wieder einmal die Hamburger Nachrichten. Das abermalige beträchtliche Anwachsen der Sozialdemokratie beunruhigt das Bismarckblatt, es tadelt das Fallenlassen des Sozialistengesetzes und giebt der Ansicht Ausdruck, daß die Sozialdemokratie in den letzten Jahren ebenso wie in der Aera Caprivi durchaus auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit allen anderen Parteien behandelt, daß also nichts geschehen sei, was der Sozialdemokratie aus verletztem Gerechtigkeitsgefühl bisher nicht besessene Sympathien zugewandt habe. Mit den Hamburger Nachrichten darüber zu rechten, ob die Sozialdemokratie ebenso wie die bürgerlichen Parteien behandelt wird, halten wir für überflüssig, die Thatsachen beweisen, daß auch ohne Ausnahmegesetze unsere Genossen nach jeder Richtung hin chikaniert sind, während man bei gleichen Vergehen seitens bürgerlicher Parteien keinen Grund zum Einschreiten fand. Es sei nur an den bekannten Köller-Koup erinnert, der allerdings einen für die herrschenden Klassen so beschämenden Ausgang genommen hat. Aber dies Messen mit zweierlei Maß genügt den Hamb. Nachr. noch nicht; sie fragen sich, ob die verantwortlichen Leiter unseres nationalen Staatswesens dem gewaltigen Erstarken der Sozialdemokratie ruhig und gleichgültig zusehen können und kommen zu dem Schluß, daß dies nicht angängig sei, sondern daß nur übrig bleibe, in der Behandlung der Sozialdemokratie einen vollständig anderen Weg einzuschlagen, als man ihn seit 8 Jahren befolgt hat. Nun, das Bismarckblatt sollte doch wissen, daß mit dem „vollständig anderen Weg", unter dem natürlich ein neues Ausnahmegesetz zu verstehen ist, gegen die Sozialdemokratie ebenso wenig etwas auszurichten ist, wie mit der Methode Miquel-Posadowsky. Eine Weltanschauung wie der Sozialismus bricht sich Bahn, und wenn die Feinde zu noch so platten Gewaltmitteln greifen. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie unter allen Umständen ihren Mann steht, sie hat, im Kampfe gestählt, das Sozialistengesetz zu Schanden gemacht und wird sich auch vor den Waffen des neuesten Kurses nicht fürchten.

Konfiszierte Pappschilder.

Aus Breslau meldet ein Privattelegramm: Am Wahltage beschlagnahmte die hiesige Polizei die von Stimmzettelverteilern aller Parteien getragenen Pappschilder mit der Aufschrift „Wählt X." (Name des Kandidaten). Das Amtsgericht hat jetzt die Beschlagnahme bestätigt, weil die Pappschilder den Namen und Wohnort der Drucker vermissen lassen und inhaltlich den Paragraphen des Preßgesetzes nicht entsprechen. Die Volkszeitung, der wir diese Notiz entnehmen bemerkt hierzu: Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß das Preßgesetz in dieser Weise zur Anwendung gelangt ist. Da befindet sich die Volkszeitung im Irrtum. Auch in Magdeburg, was allerdings niemand Wunder nehmen wird, sind aus gleichem Grunde die Pappschilder mit der Aufschrift: „Wählt Pfannkuch!" beschlagnahmt worden. —

Eine neue Kaiserrede.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die vom Kaiser am 16. d. M. an die im Lustgarten zu Potsdam versammelten Leib-Regimenter gehaltene Rede, aus der wir die folgenden Stellen hervorheben: „Die wichtigste Erbschaft, welche mir mein erlauchter Großvater und Vater hinterlassen haben, die ich mit Stolz und Freude angetreten habe, das ist die Armee. . . . Mit schweren Sorgen übernahm ich die Krone; überall wurde an mir gezweifelt, überall stieß ich auf falsche Beurteilung, nur Eine hatte zu mir Vertrauen, Eine glaubte an mich, das war die Armee, und auf sie gestützt, im Vertrauen auf unseren alten Gott, übernahm ich mein schweres Amt, wohl wissend, daß die Armee die Hauptstütze meines Landes, die Hauptsäule des preußischen Thrones sei, auf den mich Gottes Ratschluß berufen. Wir wollen die folgenden zehn Jahre in Treue mit einander verbunden weiter arbeiten, mit unbedingter Pflichterfüllung in alter, nie erlahmender Arbeit; und mögen die Hauptsäulen unseres Heeres immer unangetastet bleiben, welches sind die Tapferkeit, das Ehrgefühl und der unbedingte eiserne blinde Gehorsam." —

Preußen und Bayern.

Zur Frage der Militärstrafprozeßreform wird der Frankfurter Zeitung aus München gemeldet: „Wir sind noch so weit wie je, also sehr weit von einer Verständigung zwischen Berlin und München entfernt. In Berlin herrscht keine Neigung zu einem Entgegenkommen. Von Bayern aus wird demgemäß nichts gethan, um eine Entscheidung herbeizuführen. Man wird wohl in München der Ansicht sein, daß es nicht praktisch und auch nicht von Erfolg wäre, auf eine Lösung zu drängen. —

Beschlagnahmt.

Die neueste Nummer der Zukunft ist nach den Berliner Neuesten Nachrichten wegen eines von Harden verfaßten Artikels, der eine Majestätsbeleidigung enthalten haben soll, beschlagnahmt worden. Nun wird dieses Heft aber Käufer finden. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Der Sturz des italienischen Ministeriums Rudini, über den wir bereits kurz berichtet haben, ist nicht unerwartet gekommen. Eigentlich muß es wunder nehmen, daß sich Rudini nach dem Ausscheiden Zanardellis aus dem Kabinet mit seinem reaktionären Programm überhaupt vor die Kammer zu treten getraute. Aussicht auf Erfolg konnte er überhaupt nicht haben, da die 76 Abgeordnete zählende Gruppe Zanardelli in der Kammer zu seinen heftigsten Gegnern gehörte, auch viel Liberale gemäßigterer Richtung seine Zwangs- und Knebelgesetzentwürfe perhorrescierten und somit unter Hinzurechnung der Radikalen und Sozialdemokraten eine administerielle Mehrheit gewiß war, Rudini hat es daher auch vorgezogen, schon am Sonnabend, dem zweiten Tag der Kammerdebatte über sein Programm, das Feld zu räumen. Wer sein Nachfolger sein wird, ist noch ungewiß. Ein schweres und saures Stück Arbeit steht diesem bevor, denn die Parteiverhältnisse in der italienischen Kammer stehen an Zerfahrenheit hinter denen in Frankreich nicht zurück. An eine sichere Regierungsmehrheit ist vor der Hand nicht zu denken. —

Die französische Ministerkrisis ist noch nicht gelöst. Ribot hatte Sonnabend vormittag Unterredungen mit Peytral, Sarrien und Dupuy und begab sich um 2½ Uhr nachmittags nach dem Elysée. Wider Erwarten erklärte Ribot dem Präsident Faure gegenüber, er glaube nicht, die genügenden Eigenschaften zu besitzen, um unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Mission der Bildung eines Kabinets zu übernehmen. Die Bemühungen Ribots, ein Kabinett zu bilden, scheiterten, weil die Radikalen 6 Portefeuilles beanspruchten. —

Vom kubanischen Kriegsschauplatz liegt nichts von Bedeutung vor. Es mangelt selbst noch an sicheren Nachrichten über das Eintreffen der amerikanischen Truppen, die am Donnerstag voriger Woche von Tampa abgegangen sind. In amtlichen Kreisen zu Washington nahm man an, daß die Landungsarmee erst am Sonntag früh vor Santiago erscheinen werde. Nach einer in Madrid eingegangenen Privatdepesche soll General Shafter aber bereits am Sonnabend an der Küste von Santiago gelandet sein und beabsichtigen, unverzüglich zum Angriff zu schreiten. Nach einer Depesche aus Mole St. Nikalos vom Sonnabend sollten sich auch bereits am Sonnabend mehrere amerikanische Transportschiffe in der Nähe von Santiago befinden. —

Die deutschen Wahlen in ausländischer Beleuchtung.

Ueber den Ausfall der Wahlen schreibt die Wiener Arbeiterzeitung: Die deutsche Sozialdemokratie hat bei den Wahlen einen vollen Sieg errungen. So gewaltige Erfolge, wie sie sich aus den noch unvollständigen Berichten über die Wahl-Ergebnisse jetzt schon feststellen lassen, hat selbst die optimistischeste Berechnung nicht erwartet. 32 Mandate im ersten Wahlgang erobert, 101 Stichwahlen, an denen die Sozialdemokratie beteiligt ist, das bedeutet, selbst wenn die noch ausständigen Ergebnisse keinen Wahlerfolg der Sozialdemokraten mehr bergen sollten, gegen die 24 im ersten Wahlgang eroberten Mandate und die 84 Stichwahlen des Jahres 1893 den runden Gewinn von 8 Mandaten, die vollends durch eigene Kraft erobert wurden. In 125 Wahlkreisen, also fast in einem Drittel des Reiches, gebietet die deutsche Sozialdemokratie teils über die absolute, teils über die relative Mehrheit der Wählerstimmen. In welcher imponierenden Machtstellung zeigt dieses Ergebnis die deutsche Arbeiterpartei! Und doch ist es nur ein verkleinerndes Bild ihrer wirklichen Größe. Die Wahlkreise, in denen die deutsche Sozialdemokratie die absolute oder relative Mehrheit der Stimmen inne hat, umfassen ja ausschließlich die großen Städte und Industrieorte, also die Wohnbezirke mit der größten Anhäufung der Wählerzahl. Ein wirkliches Bild des Wachstums der Bewegung wird erst die Zusammenstellung der für die sozialdemokratische Partei im ganzen Reiche abgegebenen Stimmen geben. Doch eines läßt sich aus den bisher feststehenden Ergebnissen mit Sicherheit entnehmen: die Sozialdemokratie ist heute Herrin der großen Städte in Deutschland. Der gewaltige Zuwachs ihrer Stimmenzahl in den großen Städten und Industrieorten, der in zehn Wahlkreisen die relative Mehrheit in eine absolute verwandelt hat, steht in einem unverkennbaren Verhältnis zu dem raschen Anwachsen der Städte selbst, zu dem mächtigen Aufschwung der deutschen Industrie. Der rasche Fortschritt der kapitalistischen Entwickelung Deutschlands vermehrt das städtische Proletariat und füllt damit zugleich die Bataillone des sozialdemokratischen Heeres. Es ist die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands selbst, die die Sozialdemokratie emporträgt. Das zeigt am deutlichsten die unzerstörbaren Wurzeln ihrer Kraft, das zeigt, daß das Gerede von den „Nachläufern", die den Hauptteil der Anhänger der sozialdemokratischen Partei bilden sollen, nur der leere Trost ist, mit dem das Spießbürgertum seine Angst beruhigen will. Und nirgends stellt sich dies deutlicher dar, als in dem „verhältnismäßig ungünstigen Wahlergebnis" der Sozialdemokratie in Berlin. Die bürgerliche Gedankenlosigkeit wundert sich darüber, daß die Sozialdemokraten in den Berliner Wahlkreisen, mit Ausnahme des sechsten, in der Stimmenzahl um einige Hundert zurückgegangen sind, während sie in den übrigen Städten Deutschlands so ge-

waltig an Zahl zunahmen. Nun, in jenen fünf Berliner Wahlkreisen hat sich auch die Gesamtzahl der Wähler entweder vermindert oder ist fast gleich geblieben. Berlin wächst wie alle Weltstädte in seinen Vororten und verbürgerlicht in seinen alten Stadttheilen. Das Proletariat sammelt sich an der Peripherie. In den Vororten wächst daher auch die Berliner Sozialdemokratie und hat im Kreise Niederbarnim das Mandat im ersten Wahlgang erobert. So tritt aus dem Wahlergebnis der Klassencharakter der deutschen Arbeiterbewegung mit vollendeter Klarheit hervor; nicht Stimmungen und vorübergehende Strömungen bilden ihre Größe, sondern das Wachstum der zum Klassenbewußtsein erweckten deutschen Arbeiterschaft und die immer weitere Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen in ihr.

Ueber die künftige Zusammensetzung des Reichstages lassen die bisherigen Wahlergebnisse keinen sicheren Schluß zu, denn die Mehrzahl der Wahlkreise unterliegt der engeren Wahl. Doch an den gewaltigen Erfolgen der deutschen Sozialdemokratie läßt sich heute schon bestimmen, daß die reaktionäre Wahlmache ihre erhofften Erfolge **nicht** erringen wird. Die Empörung gegen Junkerherrschaft und Halbabsolutismus spricht aus dem Wahlsieg der Sozialdemokratie eine deutliche Sprache. Ihr Erfolg bedeutet auch für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands überhaupt ein günstiges Zeichen. Ostelbische Junkerwillkür verliert ihren Boden im deutschen Volke, und die Jugendkraft der deutschen Arbeiterschaft ist es, die Deutschland der Demokratie erobern wird. Im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, im Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes hat die deutsche Arbeiterschaft einen herrlichen Sieg errungen, der in den Herzen der Proletarier aller Länder hellen Jubel wecken muß. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— Die **amtliche Feststellung des Wahlergebnisses für Magdeburg** wurde am Montag früh vom Polizeipräsidenten Keßler in seiner Eigenschaft als Wahlkommissar vorgenommen. Es sind im ganzen 89 247 gültige Stimmen abgegeben worden; davon erhielten **Pfannkuch (Soz.) 20 125**, Zuckschwerdt (natlib.) 10 683, Raßbach (freis. Vp.) 4191, Lindström (Antis.) 3691 und Lieber (Centr.) 549. 8 Stimmen sind zersplittert. Die absolute Mehrheit beträgt 10 624, so daß Pfannkuch 501 Stimmen über diese Mehrheit erhalten hat. Nachdem von den anwesenden Bürgern die Richtigkeit der Zusammenstellung anerkannt worden war, wurde vom Polizeipräsidenten die Wahl des

Tischlers Wilhelm Pfannkuch für Magdeburg

proklamiert. Die zersplitterten 8 Stimmen erhielten Stadtverordnete Sombart, Minister Berlepsch, Pfarrer Naumann u. a. Mehrere Stimmen mußten für ungültig erklärt werden, theils weil sie von unabkömmlichen Wählern durch Boten den Wahlvorstehern übersandt waren, teils weil die Wähler ihren Namen mit auf die Stimmzettel gesetzt hatten. Schließlich teilte der Polizeipräsident Keßler über die Person des Gewählten noch mit, daß Pfannkuch 1841 in Kassel geboren, aber schon seit längeren Jahren in Berlin ansässig sei. Tischler beziehe sich nur auf das von ihm erlernte Handwerk, das er seit langen Jahren schon nicht mehr betreibe. Wir bemerken noch, daß die in Magdeburg kursierenden Gerüchte, die trotz unserer Erklärung vom Sonnabend nicht verstummen wollen, daß nämlich Pfannkuch das Mandat nicht annehmen werde, vollständig grundlos sind. Der „Berliner Tischler" hat gar keine Ursache, das Mandat für Magdeburg abzulehnen. —

— Eine **Sitzung der Stadtverordneten** findet am Donnerstag statt. Auf der Tagesordnung derselben stehen nur kleinere Vorlagen.

— In diesen Tagen haben die Vertreter der Deutschen Dahlien-Gesellschaft in Magdeburg eine Sitzung abgehalten, in der endgültig beschlossen wurde, die **erste deutsche Dahlien-Ausstellung** in Magdeburg, und zwar am 16., 17. und 18. September im Fürstenhof abzuhalten. Der Zweck der Gesellschaft ist, schreibt die Magdeburgische Zeitung, die Kultur der Dahlien, die als Lieblingsblume unserer Kaiserin gilt, zu heben, und hierzu sollen vor allen Dingen die Ausstellungen beitragen. Es findet bei der Ausstellung auch eine Blumenschönheitskonkurrenz statt, bei der das Publikum die Schönheit der Blumen zu bestimmen hat; die fünf schönsten Sorten sollen prämiiert werden. —

— **Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs** für die Woche vom 29. Mai bis zum 4. Juni 1898 war nach dem Bericht des hiesigen statistischen Amtes folgende: Geboren wurden 66 männliche, 80 weibliche, zusammen 146 Personen, totgeboren 2. Gestorben sind 50 männliche, 36 weibliche, zusammen 86 Personen, an Diphtherie und Croup 0. Die Zahl der Zugezogenen betrug 764, die der Fortgezogenen 1062. Die Bevölkerungszahl am 4. Juni 1898 stellte sich folgendermaßen: Altstadt 90 836, Wilhelmstadt 18 515, Friedrichsstadt mit Werder 8934, Sudenburg 30 993, Neustadt 46 922, Buckau 26 649, zusammen 222 849 Personen (111 660 männliche, 111 189 weibliche), gegen die Vorwoche weniger 238 Personen. —

— **Festgenommener Taschendieb.** Der Hausdiener Karl Sprinkmann, der kürzlich in Braunschweig mit 3 Jahren Zuchthaus bestraft worden ist, und dem seine Flucht auf dem Transport nach Hannover gelang, ist am Sonnabend gegen 9 Uhr abends hier festgenommen worden. In seiner Begleitung befand sich der ebenfalls festgenommene Arbeiter Karl Porsil aus Hannover, welcher mit ersterem hier eingetroffen war, zweifellos in der Absicht, Taschendiebstähle auszuführen. Dieselben bildeten ein besonderes Gewerbe des Sprinkmann, der mit großer Raffiniertheit arbeitete. Beide wollten das am Sonnabend in der „Wilhelma" abgehaltene Wohlthätigkeitskonzert besuchen. Vor dem Eingang des Lokals wurden sie von beobachtenden Beamten der Criminalpolizei abgefangen. Uebrigens soll Spr. vor etwa Jahresfrist auf dem Bahnhof Buckau einer Dame ein Portemonnaie aus der Tasche gezogen haben. —

— **Unfälle.** Der Schmiedelehrling Emil B. ist in der Himmelreichsstraße überfahren und hat dabei eine Quetschung der Hüfte erlitten. Der Handelsmann Fritz W. ist auf dem Wege nach Langenweddingen von einem Pferde geschlagen worden und hat dabei einen komplizierten Armbruch erlitten. Die Verletzten fanden Aufnahme in der altstädtischen Krankenanstalt. Dem Arbeiter Emil K. aus Sudenburg ist in einer hiesigen Fabrik ein eiserner Kasten auf den Fuß gefallen, wodurch er eine Zehenquetschung erlitt. Der Arbeiter Hermann St. hat sich bei der Arbeit auf einem Buckauer Eisenwerk zwei Finger der rechten Hand gequetscht und der Schlosserlehrling Karl St. ist beim Putzen mit der rechten Hand in die Maschine geraten, wobei er sich zwei Finger erheblich verletzte. Die letzten Drei fanden Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt. Der Tischlermeister W. aus Burg fuhr Sonntag nachmittag mit der Dampfbahn nach dem Herrenkrug. Infolge des starken Sturmes flog ihm während der Fahrt der Hut vom Kopf; um diesen wieder zu erhalten, sprang er nach rückwärts vom Wagen und fiel dabei zur Erde. Er erlitt bei dem Fall einen Schädelbruch und wurde der altstädtischen Krankenanstalt zugeführt. —

— **In Brand geraten** ist die unverehelichte Alwine P. aus Sudenburg, die in ihrer Wohnung versuchte, mittelst Petroleum Feuer anzumachen. Dabei gerieten ihre Kleider in Brand und sie erlitt erhebliche Brandwunden. Die Bedauernswerte wurde der Sudenburger Krankenanstalt zugeführt. —

Arbeiter! Die Zeit der Wahl muß von Euch zu einer regen Agitation für die

Volksstimme

benutzt werden. Sorgt dafür, daß aus allen Arbeiterwohnungen jene Blätter verschwinden, die Euch Freundschaft heucheln und doch im verflossenen Wahlkampfe in der elendesten Weise gegen die Partei, die einzig Eure Interessen vertritt, dem Großkapital helfend zu Felde zogen.

Arbeiter, Ihr habt es völlig in der Hand, jene jämmerlichen Blätter zum Schweigen zu bringen. Ihr habt die Macht, sie von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Ohne Eure Unterstützung sind sie tot.

Arbeiter, zeigt Eure Macht! Hinaus mit dem liberalen und unparteiischen Zeitungsschund aus den Arbeiterfamilien! Das Blatt des Arbeiters für Magdeburg und Umgegend ist das Organ der Sozialdemokratie, die

Volksstimme.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Fisch- und Delikatesswarenhändler Karl Veith hier, geboren 1846, stand mit dem Direktor des Instituts der schwedischen Heilgymnastik in Geschäftsverbindung und erhielt von ihm im September 1897 von Stockholm aus einen Brief, er möge ihm zum 1. Oktober in der Nähe des Ulrichstraße 19 hierselbst befindlichen Instituts eine Wohnung zum Preise von 5—600 Mark mieten. Veith antwortete dem Direktor, er habe Wilhelmstraße 19 eine Wohnung von 600 Mark gemietet. Diese schien ihm aber nicht geeignet und er ersuchte deshalb Veith, den Kontrakt wieder zu lösen. Letzterer war dazu bereit, schwindelte aber, trotzdem die Wohnung überhaupt noch nicht fest gemietet war, dem Direktor vor, der Vermieter verlange 150 Mark Abstand. Das Geld wurde in dem Glauben, er werde dadurch kontraktfrei, gezahlt. Hinterher aber erfuhr der Direktor, daß gar kein Kontrakt geschlossen war und Veith das Geld in seine Tasche gesteckt hatte. Er versuchte dann, seinen gröblichen Schwindel dadurch zu vertuschen, daß er den Betrag für angeblich gelieferte Waren und für gehabte Bemühungen verrechnete. Den Angeklagten trafen wegen **Betrugs** in Anbetracht der Vorstrafen 3 Monate Gefängnis. —

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Milchfahrer Paul Prinzler zu Staßfurt, geboren am 1. Juni 1881, wegen **Sittlichkeitsverbrechens** mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. —

Der Bäckerlehrling Paul Reichert hier, geb. 1881, stahl am 1. Mai d. J. dem Gesellen aus der gemeinschaftlichen Bodenkammer einen Anzug, ein Paar Stiefel und ein Hemde. Der Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Aus gekränktem Ehrgefühl ertränkte sich zu Görlitz ein 16jähriges Ladenmädchen in der Neiße. Es war von zwei Kolleginnen des Diebstahls eines Paares von Handschuhen beschuldigt worden. — Im Landgerichtsgebäude zu Saarbrücken ereignete sich Freitag vormittag ein aufregender Vorfall. Ein junger Glasarbeiter aus Oberstein hatte sich in der Strafkammer wegen Körperverletzung mittels Messers zu verantworten und war dieserhalb zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Als er nach dem Urteilsspruch den Sitzungssaal kaum verlassen hatte, brach er im Korridor zusammen. Die zu Hilfe Eilenden fanden nur noch eine Leiche. Der Unglückliche hatte Gift, wahrscheinlich Cyankali genommen und sich auf diese Weise den Folgen seiner That entzogen. — In Hermsdorf (in Schlesien) ermordete Sonntag nachmittag der Schuhmachergeselle Karger die Ehefrau des Schuhmachermeisters Hermann samt ihrem 8jährigen Sohne in Abwesenheit des Meisters, der sich mit der freiwilligen Feuerwehr auf einer Vergnügungstour befand. — Abgestürzt ist hundert Meter tief vom Kufstein der Student der Chemie Johann Schleber aus München auf einer Hochtour im Kaisergebirge. — Durch eine Feuersbrunst wurden in dem Dorfe Biskupin in der Provinz Posen 18 Gebäude eingeäschert. — In Memmingen wurden am Montag durch eine Feuersbrunst mehrere Arbeiterwohnhäuser eingeäschert, 16 Familien sind obdachlos. Einer der Abgebrannten wurde wegen Verdachtes der Brandstiftung verhaftet. Der Brand dauert noch fort. —

Letzte Nachrichten.

— Hamburg. **Jakob Audorf, der Dichter der Arbeiter-Marseillaise, ist am Montag, den 20. Juni, nachmittags, im Alter von 63 Jahren gestorben. Er war zu Lassalles Zeiten Mitglied des allgemeinen deutschen Arbeitervereins und bis vor zwei Wochen am Hamburger Echo thätig.** —

Eingegangen: Versammlung der Zimmerer. Erlebnis eines Flugblattverbreiters in Seehausen. Eingesandt G. D., Faßlochsberg.

Volksversammlungen.

Wahlkreis Calbe-Aschersleben.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in **Staßfurt.** Redner: Alb. Schmidt-Magdeburg.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in **Barby.** Redner: Ad. Hoffmann-Berlin.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in **Groß-Rosenburg.** Redner: H. Rödiger-Gera.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in **Kochstedt.** Redner: Wilhelm Stolle-Gesau.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in **Frohse.** Redner: Richard Nitsch-Magdeburg.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in **Eggersdorf.** Redner: Aug. Müller-Magdeburg.

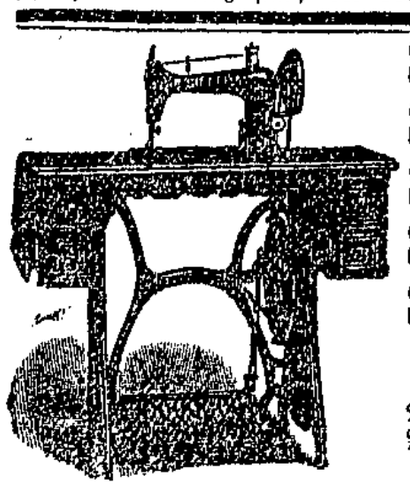
Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, in **Quedlinburg.** Redner: W. Stolle-Gesau.

Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, in **Thale.** Redner: Albert Schmidt.

Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, in **Schönebeck.** Redner: Ad. Hofmann-Berlin.

Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, in **Calbe.** Redner: H. Rödiger.

Von verschiedenen Seiten wurde in Magdeburg erzählt, die Kräfte, welche sich zu den Stichwahlen der Partei zur Verfügung gestellt haben, genügten vollständig. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Unsere Parteigenossen mögen den Aufruf am Kopfe der heutigen Nummer beherzigen und sich durch keine Aeußerung davon abhalten lassen, sich zur Arbeit am Stichwahltage zu melden. —



Singer Nähmaschinen sind mustergültig in Konstruktion u. Ausführung.
Singer Nähmaschinen sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.
Singer Nähmaschinen sind in allen Fabriksbetrieben die meist verbreitetsten.
Singer Nähmaschinen sind unerreicht in Leistungsfähigkeit und Dauer.
Singer Nähmaschinen sind für die moderne Kunststickerei die geeignetsten.

Kostenfreie Unterrichtskurse, auch in der modernen Kunststickerei.

Die Nähmaschinen der Singer Co. werden in mehr als 400 Sorten von Spezial-Maschinen für alle Fabrikationszweige geliefert und sind nur in unseren eigenen Geschäften erhältlich.

Singer Co. Akt.-Ges., Br. Weg 53.

(Frühere Firma: G. Neidlinger). 128

Comptoir und Lager:

Bismarckstraße 33, Ecke der Tauenzienstraße.

Mitglieder-Versammlung

des Vereins der 1563

Restaurateure und Bierinteressenten

von Magdeburg und Umgegend

Mittwoch, den 22. Juni, nachmitt. 4 Uhr, beim Mitglied G. Bethge, Thiemstraße, Buckau.

Erscheinen aller ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig!

Herren-, Knaben-Schaftstiefel, Stiefeletten, Damen-, Kinder-Stiefel, Halb- und Strandschuhe, Socken, Pantoffel, auch aus Konkursmassen 277 stammende Waren. Nur **Neustadt, Schmidtstrasse 44.**

Katharinenstraße 8, hochpart.

*Ausgekämmt. Haar kauft A. Pennigsdorf, Buckau, Bernburgerstraße 1.

---

13. Stiftungsfest

des

Vereins Deutscher Schuhmacher

Filiale Burg

am Sonnabend, den 25. Juni

unter Mitwirkung des bekannten Volkshumoristen F. Strzelewicz-Berlin.

Alles Nähere im Programm.

Nicht organisierte Schuhmacher haben keinen Zutritt.

Organisierte anderer Berufe können durch Mitglieder eingeführt werden. **Programme**, welche zum Eintritt berechtigen, sind nur im Vorverkauf zum Preise für Herren à 50 Pfg., für Damen à 25 Pfg. bei den Mitgliedern Katurbe, Untermhagen 80, Kaschube, Untermhagen 14, Seibert, Oberstraße 53 und Reinecke, Markt, zu haben. Kinder sind frei.

Verkauf an der Kasse findet auf keinen Fall statt.

1539 **Das Komitee.**

Anscheinend

unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge behandelt durch

Visser, homöopathischer Prakt.

Magdeburg, Jakobsstraße 3. 1498

Sprechstunden von **11—4 Uhr; Donnerstags keine** Sprechstunden.

Schinken ff. ger. Pfd. 75 Pf., Speck, ff. geräuch., Pfd. 56 Pf. Versand p. Post u. Bahn, gegen Nachn., von 36 Pfd. sende franko nach jeder deutschen Bahnstat. **Wilh. Lüdeking i. Vlotho i. W.**

Burg. Burg.

Ca. 5 Pfund Hausbackenbrot

1569 **für 50 Pfg.** empfiehlt die Bäckerei v. Carl Thiede, Johannesstr. 13.

Hausfrauen kauft nur Kaiser's Kaffee.

Derselbe wird direkt aus den Produktionsländern importiert, in eigenen Röstereien nach besonderem Verfahren geröstet und in **über 800 Filialen** an die Konsumenten abgegeben.

Nur zu haben in

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Magdeburg

Alte Markt 3/4, Breiteweg 272, Magdeburg-Sudenburg Breiteweg 118.

Grösstes Kaffee-Importgeschäft Deutschlands

im direkten Verkehr mit den Konsumenten.

Teilhaber der Venezuela-Plantagen-Gesellschaft m. b. H. 1543

---

* Handtasche m. Inhalt am 8. Juni bei Neids abh. gek. Abz. i. d. Exp. d. Bl. Fabel.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims, Breiteweg 82, 1 Tr.

Mittwoch: Brühsuppe, Leber mit Kartoffelbrei.
Donnerstag: Bierkalteschale, Polnischer Hase, Salzkartoffeln.
Freitag: Erbssuppe, gespickter Hecht und Salzkartoffeln.
Sonnabend: Nudelsuppe, Lungenhachee und Salzkartoffeln.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen

Gr. Marktstr. 2 und Schmidtstr. 61.

Mittwoch: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Weiße Bohnensuppe mit Hammelfleisch.
Freitag: Braunkohl mit Salzkartoffeln und Würstchen.
Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

---

* Herrn **Paul Thomas** zu seinem heut. 29. Wiegenfeste ein donnerndes Lebehoch!

Wir durften.

Mütter und Töchter Magdeburgs!

Reklame giebt's an allen Enden,
Laßt, Hausfrau'n, Euch davon nicht blenden,
Nur **Karol Weil's Extrakt** ist gut, 1193
Weil er die Wäsche schonen thut.
Das vorzüglichste für die Toilette
Karola, Lieblingsseife der Damen.
Karol Weil & Co., Berlin 48.

Habe mich als 1570

Arzt

in Magdeburg-Neustadt

niedergelassen. Zugleich habe ich die Leitung des Sanatoriums des Herrn **Lindemann**, Nachtweide 95, übernommen.

Sprechstunden:
vormittags 8–10, nachmittags 3–5.

Dr. med. Dorszewski
prakt. Arzt
Spezialarzt für Hydrotherapie
Nachtweide 95, Sanatorium.

Zu haben

in den meisten Kolonialwaren-, Droguen- und Seifen-Handlungen.

Dr. Thompson's

Seifenpulver

ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste 460

Waschmittel der Welt.

Man achte genau auf den Namen

„Dr. Thompson"

und die Schutzmarke **„Schwan".**

Herzlichen Dank

allen Freunden und Bekannten, die meinem lieben Mann, dem Schmied

Fritz Wernicke 382

das letzte Geleit zur Ruhestätte gaben und seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten; auch Dank seinen Mitarbeitern der Firma Ergang. **Die trauernde Witwe.**

Danksagung.

Für die reiche Blumenspende und vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Verlust meiner lieben Frau, unserer lieben unvergeßlichen Mutter, Schwieger-, Großmutter und Tante 383

Anna Thormeyer

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Pastor Hoepel für die trostreichen Worte am Grabe unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Das Beste, was es in Margarine giebt

heißt: DEUTSCH-HOLLÄNDISCHE-MARGARINE-WERKE H M W F.F. GES. GESCH. keine Hausfrau

sollte andere Marken nehmen, 1566

da diese im Verbrauch die beste und billigste ist.

Zu haben in allen größeren Geschäften.

General-Depot:

Aug. Linnecke, Magdeburg, Kronprinzenstraße 8.

---

25 Kleiderschränke

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

S. Osswald

Ulrichsstraße 14

15626 **1. Etage**

gegenüber der Ulrichskirche.

Wichtig für Hausfrauen!

Gustav Greve, Osterode a. H.
Wollwarenfabrik
nimmt **alte Wollsachen** zur Umarbeitung an und liefert:
Beste **Hauskleiderstoffe,** derb und waschecht,
beste **Damenloden** für Sommer und Winter. 588
Herrenstoffe.
Teppiche, Läuferstoffe, Decken und Portieren.
Muster bereitwilligst franko.
Billigste Preise. Streng reelle Bedien.
Musterlager und Annahmestelle bei Frau **Therese Beckmann** in Magdeburg, Poststraße 16.
Die neuesten Muster sind eingetroffen.

Todes-Anzeige.

Sonnabend, den 18. Juni, abends 9¼ Uhr, starb nach 14tägigem Krankenlager die Witwe

Mathilde Wagner
geb. Gundlach

an der Lungenentzündung. Um stilles Beileid bitten

Im Namen der Hinterbliebenen
Hugo Gärtner als Vormund.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Juni, vormittags 10 Uhr von der Kapelle des Buckauer Friedhofes aus statt. 1564b

---

Eine Zuckerin-Tablette

zu 2 Pfennig

ist so süss, dass der Süsswert von 1478

1 Pfund Zucker kaum 12 Pfennig

kostet. 1 Liter Kaffee zu versüssen kostet nur 1 Pfennig.

Zu haben in Magdeburg bei:

W. Prönnecke, Kaiserstrasse 63.
Gustav Krüger, Tauenzienstrasse 2.
W. Müller, Bismarckstrasse 6.
Paul Kunsch, Sudenburg, Breiteweg 122c.
Wilhelm Luther, Sudenburg, Breiteweg 36.
Wilhelm Krause, Kaiserstrasse 66.
Gebrüder Herbst, Regierungsstrasse 23.
Ed. Eichelmann, Breiteweg 254.
Hermann Sens, Wilhelmstadt, Gr. Diesdorferstrasse 227.

General-Depot bei:

Lamprecht & Meyer, Magdeburg.

Waise, 18 J., welche schneidern kann, sucht Stelle als Stütze der Hausfrau und Hilfe im Geschäft. Werte Offerten erbeten an die Exped. d. Bl. unter **M. V. 100.** 385

Ein junges Mädchen, welches sich gut für eine **Konditorbude** eignet, sucht **Gustav Daul Burg b. Magdeburg, Schulstraße 8.**

Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Stellmacher, Steinmetz, Tischler, Schmiede, Stuccateur Schneider, Schuhmacher, Sattler und Polsterer, Barbiere, Bürstenmacher, Krankenwärter und Krankenwärterinnen.

Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher Mechaniker, Bäcker, Töpfer, Former, Buchbinder, Steindrucker, Bürstenmacher, Fleischer und Arbeiter für jede Arbeit.

* Sohn ordentl. Eltern, 15 J., w. Stell. als Hausbursche. Z. erfr. Gr. Schulstr. 14, H., I., 1 Tr.

* Alleinstehende Frau sucht Stellung bei einz. Herrn od. Dame. Gefl. Off. **A. B. 113.**

Walhalla-Theater.

780 **Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.**

Viktoria-Theater.

Mittwoch, den 22. Juni:
Letztes Doppel-Gastspiel: Albert Bozenhard und Karli Hücker.
Die fünfte Schwadron.
Schwank in 4 Akten von Paul Langenscheidt.
Otto von Schönthal — A. Bozenhard.
Irene von Schmettau — Karli Hücker.

Donnerstag, den 23. Juni:
Abschieds-Benefiz: Albert Bozenhard und Karli Hücker.
Die offizielle Frau.
Sensations-Schauspiel in 5 Akten von Hans Olden.
Oberst Lenore — Albert Bozenhard.
Eine Dame (Helene) — Karli Hücker.

Carl Gottschalk

Magdeburg-Neustadt
Breiteweg 21
parterre und 1. Etage
empfiehlt 1561
in großer Auswahl zu allerbilligsten Preisen:

Fertige Betten
„ **Inletts**
„ **Bezüge**
„ **Laken**
„ **Wäsche f. Herren, Damen u. Kinder.**

Prima böhm.
Bettfedern u. Daunen.
Lieferung fertig. Ausstattungen
in tadelloser Ausführung.
Eigene Arbeitsstuben im Hause.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerkrugstraße 26. 349

---

* **Kinderwagen** zu verkaufen bei Coors, Neustadt, Kaiserstraße 12, parterre.

---

824 **Möbel**
und
Polsterwaren,
große Posten Teppiche,
ca. 100 Spiegel, Etageren
Bilder
Ausnahmsweise spottbillig zu verk.
Breiteweg 89-90
Georg Mook.

Neu! Neu! Neu!

Einen Wetter-Anzeiger
(D. R. G.-M. 59739)
umsonst
erhält jeder geehrte Leser dieses Blattes, welcher bei mir eine Reparatur abgiebt.
Reparaturpreise wie bekannt sehr billig. 1456
Max Heinecke
Uhrmacher
Johannisbergstraße 5.
Geschäft gegründet 1840.

E. Beck

vormals **C. Heisinger**
Nr. 56 Knochenhauerufer str. Nr. 56.
Spezialgeschäft für
Bettfedern und Daunen.
Großes Lager
fertig. Betten, Inletts, Laken, Bezüge.
Bettfedern-Reinigungsanstalt
vorzüglichste Einrichtung. 481

Große Särge von **17 Mk.,** kleine von **1.75 Mk.** an stets vorrätig. **Theodor Lange, Burg, Große Hof 18.** 810

Standesamt.

Magdeburg, 20. Juni.

Todesfälle: Marianne, T. d. Blechschmieds Franz Degenhardt, 1 J. 2 T. Frieda Schwenck, unverehl., 17 J. 10 M. 9 T. Marie, geb. Märtens, Wwe. des Arbeiters Heinrich Kiemann, 73 J. 2 M. 28 T. Wilhelm, S. des verstorb. Eisenb.-Kanzl. Heinrich Kubsch, 1 J. 2 M. 19 T. Wilhelmine, geb. Jakobs, Ehefr. d. Rent. Wilhelm Hertting, 67 J. 5 M. 18 T. Kurt, unehel., 2 M. 29 T. Walter, S. des Feuerwehrmanns Wilhelm Hamann, 5 M. 19 T.

Sudenburg, 20. Juni.

Geburten: Mathilde, T. des Arb. Lorenz Kontny. Antonie, T. des Mechan. Paul Müller. Hedwig, T. des Fabrikarbeiters Gustav List. Helena, T. des Fabrikarbeiters Joh. Kleineder. Margarete, T. des Arbeiters Karl Sander.

Todesfälle: Agnes, T. des Müllers Joh. Voßkühler, 7 M. 25 T. Otto, S. unehel., 4 M.

Buckau, 20. Juni.

Geburten: Franz, S. des Kesselschmieds Franz Wardetzky. Otto, S. des Arbeiters Christ. Becher.

Todesfälle: Max, S. des Arbeiters Ferdinand Steeg, 3 M. 3 T. Mathilde, geb. Gundlach, Wwe. des Eisendrehers Hermann Wagner, 57 J. 7 M. 15 T. Otto, S. des Heizers Karl Haberland, 1 J. 2 M. 24 T.

Neustadt, 20. Juni.

Aufgebot: Lederfärber Karl Ernst Müller mit Charlotte Amalie Auguste Kogler.

Eheschließung: Malermstr. Richard Schulze mit Emma Loettel.

Geburten: Anna, T. des Sattlers und Tapez. Friedrich Wieding. Rosa, T. des Zimmermanns Eduard Gabriel. Willy, S. des Tischlers Franz Mattusch. Bertha, T. des Schmieds Gustav Mehlitz.

Todesfälle: Emma, T. des Handelsmanns Wilhelm Tuche, 2 J. 2 M. 18 T. Frieda, T. des Fabrikarbeiter Otto Töpfer 1 M. 12 T. Kurt, S. des Zimmermanns August Schumann, 1 J. 8 M. 12 T. Margarete, T. des Pantoffelm. Wilhelm Müller, 1 M. 10 T. Witwe Völker, Luise geb. Klockau, 63 J. 9 M. Privatmann Friedrich Bode, 80 J. 9 M. 8 T.

Neuhaldensleben.

Aufgebote: Fabrikarbeiter P. Theuerkauf mit S. M. J. Gehre hier.

Geburten: 14. Juni Werkstattarbeiter J. Kaczmarek ein Sohn. 14. Juni Arbeiter F. Pretz ein Sohn.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten. Heute liegt Bogen 54 vom Roman: „In Reih' und Glied" bei.

Der Reichstagswähler erscheint täglich als Beilage der Volksstimme und stellt ein Erscheinen nach Beendigung der Reichstagswahl (einschließlich Stichwahl) wieder ein.
Mitarbeit erwünscht.

Der Reichstagswähler.

Der Reichstagswähler bringt in übersichtlicher Form beachtliches Agitationsmaterial, das aufzubewahren und zur Agitation zu verwenden ist.
Gegnerische Flugblätter sind einzusenden.

Publikationsorgan für die Reichstagswahlkreise: Magdeburg, Wanzleben, Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Osterburg-Stendal, Salzwedel-Gardelegen, Jerichow I u. II und Calbe-Aschersleben.

Stichwahl 24. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr. | **Magdeburg, den 22. Juni 1898.** | Stichwahl 24. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

Wähler! Genossen!

Die Hauptwahl hat die Entscheidung noch nicht gebracht, Ihr müßt noch einmal an die Urne!

Die Reaktion ist in allen unseren Wahlkreisen **zurückgedrängt** worden, besonders der **Nationalliberalismus** hat **bedeutende Einbuße** erlitten. Die **Sozialdemokratie** dagegen ist wie immer auf dem **Vormarsche,** die ganze Opposition hat einen großen Zuwachs zu verzeichnen.

Nun gilt die Entscheidung: Nationalliberalismus oder Sozialdemokratie! Reaktion oder Fortschritt!

Nun muß das schön begonnene Werk vollendet werden:

Nieder mit den Reaktionären! Hinweg mit den Placke, Heiligenstadt und Rimpau!

Alle diese Herren, die sich **„nationalliberal"** nennen, was sind sie denn weiter als **offene unverhüllte Reaktionäre!** In **nichts** unterscheiden sie sich von den **schwärzesten Konservativen,** den **waschechtesten Agrariern!**

Alles, was letztere wollen, das wollen jene Herren auch; sie haben es offen gesagt und alle Welt weiß, was man heute von dem Nationalliberalismus zu erwarten hat: **Brotwucher, Liebesgabenpolitik, neue Steuerprojekte, Hochschutzzöllnerei,** kurz: **Ausbeutung** und **Ausplünderung der breiten Volksmassen.**

Und dazu dann noch: ewig neue, ungeheure **Militär-** und **Marinelasten,** die Schraube ohne Ende!

Und dann zum Lohne: Die Vernichtung unserer wenigen politischen Rechte des **Koalitions-, Vereins-** und **Versammlungsrechtes,** kurz, die **völlige politische Entrechtung** des Volkes, welche gipfeln wird in der **Abschaffung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts!**

Gelingt es nicht, den **Nationalliberalismus zu zerschmettern,** dann siegt das **System Posadowsky-Stumm, dann wehe den deutschen Arbeitern!**

Seit eingedenk dessen, was Euch von diesen Herren droht, daß für Euch bei dieser Wahl **alles auf dem Spiele steht!**

Und auch für alle **freisinnig denkenden Bürger** muß jetzt die Parole lauten: **Nieder mit den Agrariern!** mögen sie sich nun konservativ oder nationalliberal nennen!

Ist das Bürgertum thöricht und einsichtslos genug, um zu den Reaktionären überzulaufen, anstatt die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen kräftig zu unterstützen, wie diese auch stets den Freisinn herausgehauen hat, dann feiert die agrarische Reaktion in den nächsten Jahren ihre **tollsten Orgien,** dann ist der **Liberalismus** zu völliger **Bedeutungslosigkeit** herabgesunken.

Darum, **freisinnige Wähler,** ergeht auch an Euch der Ruf:

Lernet, denn Ihr seid gewarnt!

Für **Euch** aber, **Arbeiter, Genossen,** heißt es noch einmal das letzte Fünkchen Kraft daranzusetzen, **Eure Opferfreudigkeit** darf **keine Grenze** kennen, Ihr **müßt Euch selbst noch übertreffen.**

Darum noch einmal hinein in die heiße Wahlschlacht, damit aus den Urnen als Sieger hervorgehen:

im Wahlkreise Calbe-Aschersleben:

Albert Schmidt, Magdeburg

im Wahlkreise Wanzleben:

Ferd. Gerlach, Halberstadt

im Wahlkreise Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode:

Albert Paul, Hannover.

Einen frechen Schwindel

treiben unsere Gegner. In Flugblättern wird behauptet, der Vorwärts habe im Jahre 1891 geschrieben:

> Die **Ernte** gehört nicht den Bauern, sondern allen Menschen; privates Eigentum an Grund und Boden ist niemand zuzubilligen.

Wenn der Bauer liest, daß die Ernte, das Produkt seiner Arbeit, nicht ihm, dafür aber allen anderen gehören soll, so muß er die Sozialdemokratie selbstverständlich für seine ärgste Feindin halten.

Was hat nun der Vorwärts wirklich geschrieben? Wir lassen nun die Stelle, die sich, nebenbei bemerkt, gegen die freisinnige Agitation auf dem Lande richtete, hier folgen. Sie lautete:

> Wer dem Bauer weismachen kann, daß sein wirtschaftliches Heil in der Zerschlagung der großen Güter in eine Menge kleiner Güter bestehe, der muß wenigstens theoretisch mit dem Güterschlächter auf einer Stufe stehen. Daß der mittlere und kleine Bauer den Großgrundbesitzer als seinen wirtschaftlichen und politischen Gegner betrachtet, ist vernünftig; daß er demselben aber den größeren Besitz neidet, weil er ihn nicht hat und nur selber haben will, muß jeden kalt lassen. Ebenso wenig, wie es uns einfallen könnte, den Proletar der Städte zum Hausbesitzer zu machen oder solchen Wünschen Vorschub zu leisten, ebenso wenig kann es uns in den Sinn kommen, den Privateigentums-Bestrebungen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. Die **Erde** gehört nicht den Bauern, sondern allen Menschen; privates Eigentum an Grund und Boden ist niemand zuzubilligen. Das Privateigentum an Grund und Boden nützt auch dem Bauer in der Zeit der Geldwirtschaft nichts mehr, wenn er kleiner oder mittlerer Besitzer ist. Er bleibt Sklave des Kapitals, dessen rücksichtslosester politischer Ausdruck die freisinnige Partei ist.

Man mag mit dieser Auffassung der Agrarfrage einverstanden sein oder nicht, jedenfalls enthält die Notiz nicht ein Wort davon, daß es uns einfallen könnte, dem Bauer das Eigentumsrecht an der Frucht seiner Arbeit, sein Eigentumsrecht an der Ernte abzusprechen. Das Wort „Erde" ist von konservativer Seite einfach in „Ernte" umgefälscht worden, und das kann nur absichtlich geschehen sein, sonst hätte die Notiz des Vorwärts auf dem Lande überhaupt nicht gegen unsere Partei verwertet werden können, denn nur eine kleine Anzahl von Bauern sind noch wirkliche Besitzer des Grund und Bodens, der vielmehr fast überall in den Händen der Hypothekengläubiger ist. —

Zur Wahlbewegung.

Freisinn und Sozialdemokratie.

Die Freisinnigen sind sich in ihrer Mehrzahl noch nicht recht klar, wie sie sich bei einer Stichwahl zwischen „Sammlern" und Sozialdemokraten verhalten sollen. Ein Teil von ihnen zeigt große Neigung, selbst zu den „Sammlern" überzugehen, ein anderer Teil, der seinen Freisinn noch nicht ganz verloren hat, möchte lieber die Sozialdemokratie unterstützen. So fehlt noch jede Klarheit und wenn die wenigen Tage bis zur Stichwahl nicht noch die nötige Klarheit schaffen, und die Freisinnigen zu einer unzweideutigen Stellungnahme veranlassen, dann werden die Reaktionäre aller Schattierungen die besten Geschäfte machen bei den Stichwahlen. Wie ganz anders verhält sich dagegen die Sozialdemokratie. Daß sie keine allzugroße Vorliebe zu freisinnigen Politikern hat, braucht wohl nicht erst betont zu werden. In richtiger Würdigung des Umstandes aber, daß es doch vor allen Dingen sich darum handelt bei den Stichwahlen das Zustandekommen einer konservativ-nationalliberalen Mehrheit zu vereiteln, tritt sie kräftig für den am weitesten links stehenden Kandidaten ein. In Schlesien wurden durch unsere Partei schon Flugblätter verbreitet, in denen die Parteigenossen aufgefordert werden, bei den Stichwahlen für die freisinnigen Kandidaten zu stimmen und daß dieser Ruf befolgt wird, nicht nur in Schlesien, sondern in ganz Deutschland, davon sind wir überzeugt. Wäre diese Klarheit auch bei den Freisinnigen vorhanden, dann würde der Ausfall der Stichwahlen ein vernichtendes Urteil über die Politik der Sammlung ergeben. —

Das Centrum und die Stichwahlen.

Die Kölnische Volks-Zeitung giebt den Centrumsleuten folgende Ratschläge: „Ueberall, wo das Centrum zur Stichwahl steht, ist natürlich für die nächste Zeit ganz besonders eifrig zu arbeiten. Wo die Stimmen der Centrumspartei bei der Stichwahl zwischen Kandidaten anderer Parteien ins Gewicht fallen, ist zu sorgen, daß sie aus der Sachlage den denkbar größten Vorteil für sich zieht. Sobald sich die Not-

wendigkeit einer Stichwahl herausstellt, pflegen die Parteien, die daran beteiligt sind, plötzlich gegenüber den nichtbeteiligten einen anderen Ton anzuschlagen. Parteien, die sich noch am Tage zuvor wütend beschimpft haben, werden nun umschmeichelt und als auch „national“ und „staatserhaltend“ gepriesen, wenn sie auch vorher als Reichsverderber beschimpft worden sind. Was thut man nicht alles um ein paar Stimmen, die man jetzt so nötig brauchen kann! Die Centrumspartei ist durch lange Jahre so abgebrüht, daß sie mit Schmeicheleien nicht zu fangen ist. Bei der Stichwahl muß für uns nicht entscheiden, wer uns die freundlichsten Worte giebt, sondern wessen Wahl in unserem Interesse liegt. Eine allgemein gültige Formel für das Verhalten der Centrumspartei bei den Stichwahlen läßt sich nicht aufstellen. Dazu sind die Dinge zu kompliziert. In der Hauptsache muß unser Bestreben ganz wie bei den diesmaligen Wahlen überhaupt dahin gehen, die ausschlaggebende Stellung des Centrums zu erhalten, also vor allem die Kartellparteien nicht zu stark werden zu lassen. Für einen Sozialdemokraten kann die Centrumspartei natürlich nicht stimmen. In der Regel wird sie aber wohl für den Gegenkandidaten eintreten können. Nur wenn es ein ausgesprochener Kulturkämpfer wäre oder kein zuverlässiger Freund des Reichstags-Wahlrechts, dürfte er sich nicht beklagen, wenn die Centrumspartei ihn seinem Schicksal überließe. Wo ein „Sammler“, dessen Persönlichkeit es einem Centrumsmann schwer macht, für ihn zu stimmen, ohnehin des Sieges über den Sozialdemokraten sicher ist, hat die Centrumspartei für gewöhnlich keine Veranlassung, ihn zu unterstützen. Wo ein „Sammler“ mit einem Freisinnigen zur Stichwahl steht, wird man wohl meist dem Freisinnigen die Stimmen geben, doch kommt sehr vieles auf die Persönlichkeit an. Die Centrumswähler wissen ja, worauf es ankommt, und werden danach ihre Wahl treffen. —

Die undankbaren Arbeiter.

Undankbar soll die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen und die deutsche Sozialdemokratie im besonderen gegen den Kaiser gewesen sein, indem sie die in den Februar-Erlassen dargebotene Hand zurückgestoßen habe — so faselt jetzt die Sammel-Presse. Diese Legende ist auf demselben Miste gewachsen, wie die andere, daß die deutsche Sozialdemokratie sich der Reichsregierung für das herrliche Geschenk der Arbeiter-Versicherungsgesetze undankbar gezeigt habe. Was es mit dem „herrlichen Geschenke“ auf sich hat, das wissen unsere Leser. Was aber die Februar-Erlasse betrifft, so hat kein deutscher Arbeiter daran gedacht, eine „dargebotene Hand zurückzuweisen“. Doch wo und wann wurde eine Hand dargeboten? Jeder Arbeiter wäre froh gewesen, wenn das in den Erlassen Versprochene sich erfüllt hätte. Allein jeder politisch gebildete Arbeiter wußte auch, daß sich die kapitalistische Gesellschaft mit aller Macht der Erfüllung widersetzen würde, und da das Deutsche Reich ein Klassenstaat ist, in welchem der Kapitalismus herrscht, so zweifelten die politisch gebildeten Arbeiter an der Erfüllung. Und wie gerechtfertigt der Zweifel war, das hat die Geschichte der letzten acht Jahre gelehrt. Statt von „Undankbarkeit“ der Arbeiter zu reden, sollten die Herren Sammel-Politiker darüber nachdenken, wer und was die Schuld trägt, daß die in den Februar-Erlassen bekundeten Absichten vereitelt worden sind. —

Wie lange wird das Reichstagswahlrecht bestehen bleiben?

Ueber das Reichswahlrecht äußerte sich Abg. v. Puttkamer-Plauth, der Bruder des Exministers, in einer Wählerversammlung in Elbing nach der konservativen Elbinger Zeitung unter anderem wie folgt: „Das allgemeine Wahlrecht könne so lange bestehen bleiben, als es möglich sei, mit der Volksvertretung zu regieren. Wenn allerdings der Zeitpunkt einmal kommen sollte, daß die Mehrheit aus Freisinnigen, süddeutscher Volkspartei, Sozialdemokraten, Protestlern, Welfen und Polen besteht, dann werde sich diese Partei von selbst lösen; dann hört für den monarchischen Staat eben das Regieren von selbst auf. Aus der Parlamentsfrage wird einfach eine Machtfrage werden, denn es ist doch nicht anzunehmen, daß der Kaiser und die Bundesfürsten durch das Wahlrecht sich hinauswerfen lassen werden. Wenn es zur Revolution kommt, fragt kein Mensch mehr nach dem Wahlrecht; dann sprechen ganz andere Töne mit, als sie heute von der Tribüne des Reichstags zu hören sind.“ Also ein Reichstag, in welchem die Freisinnigen den Ausschlag geben, ist gleichbedeutend mit der Revolution und rechtfertigt einen Staatsstreich durch Aufhebung des Reichswahlrechts. Das ist doch endlich mal eine offene Sprache der Junker. Das Reichswahlrecht soll so lange bestehen bleiben, als die Junker dabei glauben, Geschäfte machen zu können. Die Wähler, und namentlich auch die freisinnigen, sollten sich bei den Stichwahlen dieser Ausführungen, die ja allerdings nicht neu sind, erinnern. Nieder mit der Reaktion, diesen Schlachtruf wird der Freisinn bloß dann befolgen, wenn er Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie junkerliche Anmaßung und Beutegier mit dem Stimmzettel in der Hand zu Falle bringt. —

Die Antisemiten unter sich.

In Eschwege-Schmalkalden ist Iskraut nicht in die Stichwahl gekommen. Die Deutschsozialen Blätter des Herrn Liebermann v. Sonnenberg bemerkten schon am Wahltage zu dieser Möglichkeit: „Verlieren wir diesen mit großem Aufwande im Jahre 1893 eroberten und 1895 unter den schwierigsten Umständen in der Nachwahl behaupteten Kreis, so werden rücksichtslos die unliebsamen Dinge aus der eigenen Partei aufgedeckt werden müssen, die zur Erschütterung der Stellung unseres Kandidaten geführt haben. Der Bund hat sich dort einstimmig für Iskraut erklärt; da aber die Zeitungen diesen Beschluß totgeschwiegen und der Kreisvorsitzende erst in den letzten Tagen einen Aufruf für ihn veröffentlichte, so werden wir lediglich auf unsere eigene Kraft angewiesen sein.“ —

Behördliche Unterstützung der agrarischen Kinderausbeutung.

Wo die Behörden auch nur in recht bescheidenem Umfange beginnen, Bestimmungen zur Beschränkung der Kinderarbeit zu treffen, sind die Agrarier alsbald zur Hand, um die Bestrebungen einzudämmen. Die kgl. Regierung zu Köslin hat an die Lokalschulinspektoren folgende Verfügung erlassen: „Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern hat die Aufhebung derjenigen Bestimmungen bei uns beantragt, nach welchen die Erteilung des Erlaubnisscheines zur Annahme von Diensten schulpflichtiger Kinder zu versagen ist, wenn der betreffende Dienstherr bereits ein anderes schulpflichtiges Kind in Dienst hat. Die Landwirtschaftskammer erblickt darin eine Härte für die Besitzer als Dienstherren, sofern diese genötigt sind, mehrere Hütekinder anzunehmen und sie eingesegnete Kinder zum Viehhüten nicht oder nur zu höheren Löhnen erhalten können. Wiewohl wir, so heißt es dann weiter in der Regierungsverfügung, in Anbetracht der sittlichen Gefahren für die Kinder, welche zum Erlaß jener Bestimmungen geführt haben, Bedenken tragen, deren Aufhebung allgemein zu verfügen, so haben wir uns doch dem Gewicht einzelner der von dem Herrn Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer geltend gemachten Gründe nicht verschließen können, und weisen daher an, künftig Anträge auf ausnahmsweise Gestattung der Dienstnahme mehrerer schulpflichtiger Kinder einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen, und wenn ihnen der Fall zu einer ausnahmsweisen Berücksichtigung geeignet erscheint, unsere Genehmigung einzuholen.“ Es ist wohl klar, daß, nachdem die ursprüngliche, 1896 erlassene gutgemeinte Bestimmung in solcher Weise durchbrochen ist, sie künftighin nur noch auf dem Papier stehen wird. An den Wählern liegt es aber, diesen agrarischen Volksauspowerern, die auch nicht Halt machen vor zarten Kindern, bei den Stichwahlen eine derbe Lektion zu erteilen, noch derber wie bei den Hauptwahlen. —

Dank für Krupp.

Als in Essen das Wahlergebnis festgestellt war, das für Herrn Geheimrat Krupp bekanntlich nicht günstig lautete, da erfaßte die im Essener Stadtgartensaale versammelten „Ordnungsmänner“ ein tiefer Schmerz und sie telegraphierten an den Herrn Geheimrat: Dem Ansturm der vereinigten Sozialdemokraten und Ultramontanen sind wir unterlegen. Wir sprechen Ihnen unsern ehrerbietigsten Dank aus für das Opfer, daß Sie, hochverehrter Herr Krupp, durch Uebernahme der Kandidatur dem Vaterlande gebracht haben. Ihre große Wählerschaft ist einig in dem Gefühl der höchsten Verehrung für Sie und in dem Bedauern, den Wohlthäter des Wahlkreises Essen, den edlen Menschenfreund, den Förderer des religiösen und sozialen Friedens, als Abgeordneten zu verlieren. Wenn diese Beileidsadresse der Essener Patentpatrioten den Herrn Geheimrat trösten kann über den Verlust seines Mandats, dann soll es uns freuen.

Stichwahlen

finden statt in

Calbe-Aschersleben,
Wanzleben,
Halberstadt-Oschersleben.

Dieselben finden voraussichtlich am Freitag statt. Wer dazu beitragen will, daß in diesen Wahlkreisen die Sozialdemokratie zum Siege gelangt, der melde sich

Magdeburg-Altstadt: Expedition der Volksstimme, Breiteweg 127 (Eingang Schrotdorferstraße); August Mollenhauer (Restaurant zur Gemütlichkeit), Kaiserstraße 57.

Buckau: „Thalia“, Dorotheenstraße 14.

Sudenburg: „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28.

Wilhelmstadt: „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1 c.

Alte Neustadt: Frankes Restaurant, Ottenbergstraße 13.

Neue Neustadt: Fr. Kellners Restaurant, Leopoldstraße 13.

Der „Umsturz-Wauwau“.

spukt natürlich auch diesmal wieder in den Reden und Flugblättern unserer Gegner. Die klugen Herren wissen zwar längst, daß die Sozialdemokratie nicht an gewaltsamen Umsturz denkt, daß sie alles, was an ihr liegt, thun wird, um unsere Entwicklung vor einer blutigen Revolution zu schützen. Deß ungeachtet wird bei jeder Wahl immer von neuem die alte Verleumdung wieder herausgeholt. Demgegenüber mag ein Urteil hier Platz finden, das die nationale Kölnische Zeitung, die gewiß nicht im Geruch steht, eine verkappte Sozialdemokratin zu sein, schon im Jahre 1884 abgab; das Blatt schrieb:

„So lange es ein paar Tausend Sozialdemokraten gab, konnte man sie für Revolutionäre und weiter nichts halten; nachdem aber viele Hunderttausende Menschen sozialdemokratisch zu wählen begonnen haben, ist man verpflichtet, sich dieselben etwas genauer anzusehen. Und wir glauben bei näherem Zusehen erkannt zu haben, daß die Revolutionäre die verschwindende Zahl sind . . . Sozialdemokratische Wähler aber leben unter uns eine halbe Million, ja vielleicht eine ganze Million, und die große Menge derselben sind **ordnungsliebende, fleißige Arbeiter und Bürger,** durchaus **keine Dynamithelden,** sondern in ihrer erdrückenden Mehrheit deren Gegner so gut wie wir.

Um aber den Sozialdemokraten zu zeigen, daß man ihre Forderungen nicht abweisen, sondern prüfen und wo es angeht gewähren wolle, haben wir es für eine richtige Taktik bei den Stichwahlen gehalten, offen zu bekunden, daß wir den Sozialdemokraten **nicht als den durchaus schlimmsten Feind behandelt wissen wollen.**“

So schrieb ein früheres „nationalliberales“ Blatt vor 14 Jahren. Inzwischen haben die Sozialdemokraten genugsam bewiesen, daß sie „keine Dynamithelden“ sind und wer uns trotzdem heute noch als blutdürstige Umsturzmänner hinstellt, der ist ein unwissender Tropf oder ein gewissenloser Verleumder. —

Aus den Wahlkreisen.

Magdeburg.

Der Amtliche Anzeiger der Stadt Magdeburg schreibt im Hinblick auf das Wahlresultat: Die unverantwortliche Lässigkeit vieler Wahlberechtigter hat es auch diesmal wieder glücklich fertig gebracht, daß unsere alt-ehrwürdige Stadt Magdeburg durch einen Sozialdemokraten im Reichstage vertreten wird. Es ist dies eine **Schmach** für unsere Stadt, eine **Schmach,** die eventuell vermieden worden wäre, **wenn jeder Wahlberechtigte von seinem höchsten politischen Rechte, von seinem Wahlrechte, Gebrauch gemacht hätte.** Leider haben aber nur 82 Prozent in unserer Stadt gewählt, so daß ca. 8000 Wähler ihrer Pflicht als Staatsbürger nicht genügt haben. Nimmt man an, daß von diesen 8000 Wählern etwa 2000 einen triftigen Grund für ihr Nichterscheinen hatten, so bleiben immerhin doch noch **6000** Wähler übrig, in deren Hand es lag, auf alle Fälle eine Stichwahl herbeizuführen. Einzig und allein der Saumseligkeit und Pflichtvergessenheit dieser Wähler haben wir den Sieg der Sozialdemokraten im ersten Wahlgange zu verdanken. Eine derartige Vernachlässigung der Rechte und Pflichten als Staatsbürger und Patriot kann nicht scharf genug gerügt werden. Mögen wir und besonders alle diejenigen, welche diesmal von ihrem Wahlrecht einen so schlechten Gebrauch gemacht haben, eine ernste Lehre auch aus diesem Wahlergebnis ziehen, die Lehre, daß nur vereinte Kräfte zum Ziele führen. — Das ist die alte Leier, die in diesen Tagen so häufig von der „staatserhaltenden“ Presse angeschlagen wurde. Trotzdem aber die Melodie so oft ertönt, ist sie dennoch falsch. Es ist eine Unwahrheit, daß alle die saumseligen Wähler zu den „Ordnungsparteien“ gerechnet werden mußten. Unter den 8000 Wählern, die der Wahlurne fernblieben, befinden sich mindestens 5000 Arbeiter, wie man leicht ersehen kann aus einem Blick in die Wählerlisten. Wenn sie alle gewählt hätten, dann wäre die „Schmach“ noch größer gewesen für Magdeburg. Das Blatt hat recht, daß eine derartige Vernachlässigung nicht scharf genug gerügt werden kann. Wer das Wahlrecht hat, der muß dasselbe auch ausüben und wir werden Sorge dafür tragen, daß die Arbeiter noch mehr aufgerüttelt werden, wir werden unser Möglichstes thun, um am nächsten Wahltage durch den Anmarsch sämtlicher Arbeiter die Niederlage des Ordnungsbreies zu einer noch gründlicheren zu gestalten als wie in diesem Wahlkampfe. —

Auch die Magdeburgische Zeitung singt dasselbe Lied. Sie läßt sich folgendermaßen vernehmen: „Was soll man aber zu denen sagen, die wohl wissen können und müssen, zu welcher Partei sie gehören und die einfach von der Wahl fortbleiben! Es bezweifelt doch wohl niemand, daß die Sozialdemokraten den letzten Mann herangebracht haben, um die 20 125 Stimmen zu erzielen. Für die Kandidaten der Ordnungsparteien sind zusammen 19 089 Stimmen abgegeben und dabei haben 18 Prozent der eingeschriebenen Wähler ihre Stimme nicht abgegeben. Wenn nur noch 10 Prozent, also die größere Hälfte der Ausgebliebenen, gewählt hätte, dann gab es Stichwahl und die Möglichkeit, damit den Sozialdemokraten von der Vertretung unserer alten Handelsstadt fern zu halten . . . . Wie manch einer bereut es nun wohl heute, daß auch er sich gegen Vaterland und Volk, gegen Kaiser und Reich vergangen hat, indem er von der Wahl fern blieb. — Aber die Zeit geht hin. — Fünf Jahre sind gar lang. — Und geht es dann beim nächsten Male wieder ebenso? Jeder treue Magdeburger sollte sich ein Merkzeichen machen! So etwas darf niemals wieder vorkommen!“ Darauf werden die Wähler in fünf Jahren die nötige Antwort geben. Wir sind überzeugt, sie wird an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. —

Wanzleben.

Drei Versammlungen fanden am Sonntag nachmittag im Kreise Wanzleben statt. Eine in Fermersleben, eine in Westerhüsen und eine in Dodendorf. Sämtliche Versammlungen waren außerordentlich gut besucht und verliefen ohne Zwischenfall, bis auf Dodendorf. Hier löste der überwachende Beamte die Versammlung auf, als der Einberufer um 4¼ Uhr dieselbe eröffnen wollte. Es wurde ihm da ganz einfach erklärt, die Versammlung sei um 3 Uhr schon angemeldet und dürfe nun nicht mehr tagen, obwohl der Einberufer die Bescheinigung in der Tasche hatte, wonach die Versammlung erst um 3½ Uhr angemeldet war. Der Ordnungshüter erklärte ganz einfach, danach richte ich mich nicht, ich bin telegraphisch unterrichtet. Beschwerde wird natürlich eingelegt. —

Neuhaldensleben-Wolmirstedt.

Ueber Wahlbeeinflussungen wird uns von allen Seiten berichtet. In Harbke war der Diener des Herrn Baron als Stimmzettelverteiler postiert. Er gab jedesmal beim Oeffnen der Thüre durch Kopfschütteln oder Kopfnicken das Zeichen, ob der Wähler einen Zettel von ihm entnommen hatte oder nicht. Daß drinnen im Lokal die nötige Anzahl Ordnungsstützen vorhanden waren, die für Aufsicht sorgten, ist selbstverständlich. Die von unserer Partei zur Beaufsichtigung gesandten Genossen, wurden jedoch aus dem Lokal verwiesen. Ein Bauer kam mit seinen Leuten angefahren und erklärte ihnen, wenn ihr gut gewählt habt, dann wollen wir einmal trinken. Ein Materialienhändler endlich kündigte seinen Mietern, weil sie Sozialdemokraten sind und sich an der Wahlagitation beteiligten. So sieht die Wahlfreiheit aus, die dem Herrn Hofang noch einmal das Mandat verschafft hat. Die Wahlprüfungskommission wird sich aber noch mit dieser „freien“ Wahl zu beschäftigen haben. —

Quittung.

Für den **Wahlfonds im Kreis Wanzleben** gingen ein: Von den Frauen in Fermersleben bei der Wahl 2,00. —

Karl Zähle.

* * *

Für den **Wahlfonds im Kreis Jerichow** gingen ein: Pohlmann 10,80. — Nr. 11 8,30 und 4,10. — Bartel 14,55. — Süß 1,55. — Volksversammlung 27,62. —

Genossen, welche sich noch im Besitze von Geldern, die für den Wahlfonds bestimmt sind, befinden, werden ersucht, dieselben sobald wie möglich abzuliefern, da die Abrechnung erfolgen soll. Irrtümlich war die Quittung über Gelder für den Wahlfonds im Wahlkreise Jerichow schon mehrmals mit Katurbe unterzeichnet, das ist ein Fehler, es sollte heißen: Kaschube. Das Wahlkomitee im Wahlkreis Jerichow.

M. Kaschube.

Agitationsnummern der Volksstimme zur Gewinnung neuer Abonnenten stehen unentgeltlich zur Verfügung. —

Verantwortlicher Redakteur August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 143. Magdeburg, Mittwoch, den 22. Juni 1898. 9. Jahrgang.

Der agrarische Brotwucher.

Was ist Wucher? Es ist darunter nicht nur gemeinhin ein auf die persönliche Not und Verlegenheit berechnetes unbeschränktes und die wirkliche Rentabilität von hergeliehenem Kapital rücksichtslos überschreitendes Zinsnehmen zu verstehen. Noch andere Arten von Wucher giebt es, die nicht minder verwerflich, ja noch viel verwerflicher und in hohem Grade gemeingefährlich sind, da sie ganze Gesellschaftsklassen treffen. So der Grund- und Bodenwucher, der Wohnungswucher, der Kornwucher.

Quelle all dieses Wuchers ist die privatkapitalistische Wirtschaft, die Spekulation auf möglichst hohen Gewinn aus Produktion und Handel. Diese Spekulation rechnet mit dem Bedürfnis der Massen und beutet dasselbe aus. Sind die Mittel, welche der Bedürfnis-Befriedigung dienen, knapp, in unzureichendem Maße vorhanden, so steigen die Preise. Das herrschende Volkswirtschaftssystem verteidigt solche Preissteigerung als „naturgemäßes Ergebnis des Marktes" mit dem Hinweis, daß Vermehrung bezw. Ueberfluß an Mitteln ebenso naturgemäß ein Sinken der Preise herbeiführe. Die Wirkung des ökonomischen Gesetzes von Angebot und Nachfrage.

Damit aber wird die Thatsache nicht aus der Welt geschafft, daß das gesunde Volksempfinden jede Steigerung der Preise dessen, was das Volk zu seiner Existenz bedarf, über das sogenannte „normale Maß" hinaus, mit welchem es seine Lebenshaltung in einem gewissen Einklang gebracht hat, als wucherische Ausbeutung verurteilt. Thatsächlich ist wucherisches Bestreben immer da vorhanden, wo eine Spekulation auf die Notlage der Massen sich geltend machen kann. Wer will leugnen, daß diese Spekulation stets am Werke ist?

Der Korn- bezw. Brotwucher bildet jetzt eine der hauptsächlichsten Tagesfragen. Dieser Wucher ist so alt, wie der Getreidebau und der Getreidehandel. Ihn hat das moralische Bewußtsein des Volkes immer ganz besonders scharf verurteilt, weil er der wichtigsten und unentbehrlichsten Nahrungsmittel sich bedient, um den Hunger der Massen sich tributpflichtig zu machen. Der Kornwucherer gilt dem Volke als eine der verächtlichsten Kreaturen, als ein geradezu verbrecherisch am Volke handelnder Schurke. Diesem Volksempfinden hat Luther Ausdruck gegeben durch die Worte: „Wer einem anderen seine Nahrung aussauget, raubet und stiehlet, der thut ebenso großen Mord, als der einen Hungers sterben und verderben läßt. Solches thut aber ein Wucherer. Der möcht', daß alle Welt ihn müßte in Hunger und Durst, Trauer und Not verderben, auf daß er's allein möcht' haben und jedermann von ihm, als von seinem Gott angefahren und womöglich sein Leibeigner sein. Und so man die Straßenräuber, Mörder rädert und köpfet, wie viel mehr sollte man alle Wucherer rädern und köpfen, verjagen, verfluchen."

Wenn Luther das Treiben unserer Agrarier vor Augen gehabt hätte, so würde er vielleicht diesen Kernsprüchen noch einige andere hinzugefügt haben, die diese Spezies von Brotwucherern recht drastisch charakterisiert hätten. Was er im weiteren von dem Wucherer sagt, daß er „für einen teuren, frommen Mann sich ansehen lasse und rühme", das paßt durchaus auf die Agrarier, die frömmsten Christen, die „dem Volke die Religion erhalten" wollen, und die frivolsten Parasiten, die schlimmsten Volksausbeuter!

Unter den Fällen, die ein schändlicher Interessenschacher, welchem die Bismarcksche Politik ja immer in hervorragendem Maße geneigt war, dem deutschen Volke im Jahre 1879 auferlegte, nimmt der Getreidezoll — damals vorerst nur auf 1 Mark pro 100 Kilogramm Weizen, Roggen und Hafer festgesetzt — die erste Stelle ein.

Jahrelang hatte die vorzugsweise aus großen adligen preußischen Grundbesitzern bestehende Partei der Agrarier für diesen Zoll Propaganda gemacht und denselben zum „Schutze der deutschen Landwirtschaft" gefordert. Was unter diesem „Schutze" zu verstehen, sollte sich bald zeigen. Trotz des Getreidezolles hielt die Einfuhr amerikanischen Getreides in Deutschland an. Die Agrarier sahen sich also in ihrer Absicht, ein Landmonopol zu schaffen, welches das deutsche Volk zwingt, sein Brot von den großen Grundbesitzern und zu den von diesen angesetzten Preisen zu kaufen, gefährdet.

Da entblödete im Jahre 1881 der sogenannte „Kongreß deutscher Landleute" sich nicht, den folgenden Beschluß zu fassen:

„Die Wirkung der amerikanischen Lebensmittelproduktion (d. h. die Thatsache, daß die Getreidepreise nicht die von den Agrariern gewünschte Höhe erreichten) ist mit allen Mitteln, namentlich mit hohen Schutzzöllen zu bekämpfen, und gleichzeitig ist alles aufzubieten, um der Auswanderung ein Ende zu machen." Selten wohl hat eine Interessentengruppe mit ähnlicher schamloser Offenheit niedrigste und gemeingefährlichste Selbstsucht offenbart.

Das deutsche Volk erhielt aber gleich im Winter 1880 eine gute Lehre. Die von den Agrariern bekämpfte Wirkung der amerikanischen Lebensmittelproduktion, das billigere Brot, rettete Deutschland vor einer Hungersnot. Umsomehr waren, und leider mit Erfolg, die Agrarier bemüht, die Getreidezölle zu erhöhen. 1885 wurden sie erhöht auf 3 Mark für Roggen und Weizen, 1.50 Mark für Hafer und Gerste. Der „Angst-Reichstag" von 1887 brachte diese Zölle auf 5 Mark für Roggen und Weizen, 4 Mark für Gerste, 2.25 Mark für Hafer.

Damit war jedes Pfund Brot um 3 Pfennig verteuert!

Dann gelang es, in Konsequenz der vom Reichskanzler Grafen Caprivi eingeleiteten Handelsvertragspolitik, trotz des lebhaftesten Widerstandes der Agrarier, die Getreidezölle zu ermäßigen. Sie betragen seitdem für Roggen und Weizen 3.50 Mark, Gerste 2 Mark, Hafer 2.80 Mark pro Doppel-Centner.

So blieb das Pfund Brot durch die Getreidezölle immer noch um etwa 2 Pfennig verteuert. Wir zahlen, wie Graf Caprivi am 1. Juni 1891 ganz richtig erklärte, den Weltmarktpreis des Getreides und den Zoll.

Seitdem sind die Agrarier mit anderen Projekten, sich ein Vorzugsrecht und Vorzugspreise für den Absatz ihres Getreides in Deutschland zu sichern, hervorgetreten. Der berüchtigte Antrag Kanitz, der den Reichstag drei Mal beschäftigt hat, und für den außer den Konservativen auch die Antisemiten eingetreten sind, verlangte, daß der Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im Zollinlande bestimmten ausländischen Getreides ausschließlich auf Rechnung des Reiches erfolgen sollte, und zwar unter genauer Festsetzung der Verkaufspreise. Mit anderen Worten: die Gesetzgebung des Reiches sollte den Großgrundbesitzern einen Getreidepreis in bestimmter Höhe dauernd garantieren.

Der Kaiser hat dieses Begehren privatim als Brotwucher, und öffentlich im preußischen Staatsrat als „praktisch nicht durchführbar und als gefährlich für die Erhaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung" bezeichnet, während der damalige konservative Reichstagsabgeordnete und jetzige Zuchthäusler Freiherr von Hammerstein den Antrag als ein antisozialdemokratisches Mittel „zum Schutze von Thron und Altar" pries.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der beiden freisinnigen Parteien, des Centrums und der Mehrheit der Nationalliberalen wurde der Antrag Kanitz am 4. Dezember 1895 abgelehnt.

Aber die Agrarier verzagen nicht. In Rücksicht auf den in den Jahren 1902—1904 erfolgenden Ablauf der jetzt bestehenden Handelsverträge verfolgen sie den Plan einer Erhöhung der Getreidezölle. Sie wollen diese Erhöhung erreichen entweder in der Art, wie es der Antrag Kanitz vorschlägt oder dadurch, daß Getreide und andere Lebensmittel überhaupt von jeder Bindung des Zolls durch die Handelsverträge ausgeschlossen bleiben und somit je nach Belieben der Agrarier die Getreidezölle und damit auch die Brotpreise zu jeder Zeit erhöht werden können. Ein solcher autonomer Zolltarif wurde das Brot noch erheblich verteuern, also die arbeitende Bevölkerung ungeheuer belasten, zugleich aber auch die Industrie erheblich schädigen, da das Ausland sich unseren Industrieprodukten gegenüber ebenso feindlich verhalten würde, was wiederum die Arbeiterklasse zu entgelten hätte.

Ja, es ist wahr, unsere Agrarier sind die denkbar gewissenlosesten und gemeingefährlichsten Brotwucherer.

Sie rechnen mit der unabwendbaren Thatsache, daß Deutschland, um seine Bevölkerung zu ernähren, auf die Getreideeinfuhr angewiesen ist. Unsere Anbaufläche für Getreide ist begrenzt, läßt sich nicht erheblich mehr ausdehnen, wenigstens nicht im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme, die sich jährlich auf rund 500 000 Köpfe beziffert. Schon gegenwärtig müssen wir zur Ernährung unserer Bevölkerung ein Neuntel unseres Brotgetreides aus dem Auslande einführen.

Dieses Verhältnis wollen die Agrarier zu Gunsten der Großgrundbesitzer ausnutzen. Gegen sie ist ein Kornwucherer, wie das Volk gewohnt ist, ihn sich vorzustellen, immer noch ein ehrlicher Mann und ein harmloses Geschöpf. Ein ehrlicher Mann, denn er riskiert sein Vermögen, er treibt ein Hazardspiel, bei dem er ebensogut verlieren als gewinnen kann; dahingegen wollen die Agrarier sich ihr Opfer, das konsumierende Volk, vom Staate festhalten lassen, um es in aller Sicherheit und Gemütsruhe ausplündern zu können. Ein harmloses Geschöpf, denn der Kornwucherer gewöhnlicher Art kann wohl für kurze Zeit den Getreidepreis in die Höhe treiben, auf die Dauer aber vermag er es nicht; die Agrarier hingegen wollen mit Hilfe des Staates auf gesetzlichem Wege das Brot dauernd verteuern. Der Brotwucher unter Reichsschutz, mit gesetzlicher Sanktion betrieben, also zur permanenten Staatsinstitution erhoben, das ist das eingestandene Ziel unserer Agrarier. —

Soziale Bewegung.

Zum **Maurerstreik in Burg** äußert sich ein Interessent im Burger Tageblatt in einem Eingesandt folgendermaßen: „Zur heutigen Lage der Maurerstreikfache sei hier mitgeteilt, daß die Gesellen immer noch auf Bewilligung von Forderungen bestehen, welche ihnen seitens der Meister unter keinen Umständen gewährt werden können. Wenn die Meister die Forderung bewilligten, so wäre eine recht baldige Arbeitseinstellung wieder zu erwarten, da die sodann eingeführten Lohnklassen in gar keinem Verhältnis zu einander ständen, somit also nicht Frieden, sondern Unfrieden gestiftet wäre. Das Entgegenkommen der Meister den Gesellen gegenüber ist so weitgehend, daß nunmehr der Endpunkt erreicht ist und ein weiteres nicht bewilligt wird, im Gegenteil sogar anzunehmen ist, daß bei nicht baldiger Aufnahme der Arbeit die Meister sich an ihre gegebenen Versprechungen nicht mehr gebunden halten werden. Der nun schon seit 10 Wochen dauernde Streik bringt viel Not und Sorge für so manchen Familienvater ins Haus, und wäre es wohl an der Zeit, daß die ruhigeren und verständigeren Elemente das Joch der Knechtschaft, welches durch ihre Agitatoren ausgeübt wird, abschütteln. Der Streik ist nur für diese Anführer eine melkende Kuh, und es ist zu verwundern, daß bei der Einsicht und Erfahrung so mancher Leute solche Thatsachen nicht erkannt werden. Die Agitatoren und Leiter der Sache befinden sich recht gut dabei und verdienen viel Geld; es könnte für diese Herren der Streik am liebsten immerfort dauern. Sie geben sich daher auch alle erdenkliche Mühe, den Unfrieden zu schüren, statt Frieden zu stiften. Die Verführten und Irregeleiteten aber haben Verluste zu tragen, welche jahrelange Mühe und Arbeit erfordern, um wieder einigermaßen gedeckt zu werden, und aus dem Bezahlen kommen die Leute gar nicht wieder heraus. Darum fort mit solcher schlechten Leitung und Umkehr gehalten, damit der Verdienst nicht noch ein schmälerer wird. Wann sollen wohl die von jedem der Streikenden durch Nichtarbeiten verloren gegangenen etwa 200 Mark Arbeitsverdienst wieder verdient werden, da doch die Streikkassenbeiträge nach Wiederaufnahme der Arbeit in der gewohnten Höhe allwöchentlich bezahlt werden müssen? Oder glauben die Leute, die gezahlten Unterstützungen werden ihnen geschenkt? Sie müssen alles und jedes, wenn auch nur durch erhöhte Beiträge, wieder zurückzahlen. Wenn nun ein strenger und langer Winter kommt — was soll dann werden? Daher also Umkehr in die gewohnten Verhältnisse ist das beste, und hinaus mit den Unruhestiftern!" Es lohnt sich nicht, auf diese Gemeinheiten, die von dem nationalliberalen Blatte ohne Kommentar abgedruckt werden, näher einzugehen. —

Sehr bemerkenswerte Gesichtspunkte für eine Reform der Versicherungsgesetzgebung gegen Unfall und Invalidität hat Professor Rosin von der Universität Freiburg i. Br. in seiner Prorektoratsrede jüngst aufgestellt. In erster Linie verlangt er die völlige, materielle und organische Verschmelzung der Invaliditäts- mit der Unfallversicherung. Er macht hierfür folgende, sehr beachtenswerte Gründe geltend: „Für den Arbeiter und seine Hinterbliebenen ist es wirtschaftlich ganz gleich, ob er einem Betriebsunfall oder sonstigen Unfall oder auch einer Krankheit zum Opfer gefallen ist, und denselben Standpunkt muß daher auch der Sozialpolitiker einnehmen. Will man etwa hervorheben, daß die Opfer ihres Berufes eine besondere Begünstigung verdienen, so bedenke man, daß es neben den Betriebsunfällen auch Betriebskrankheiten giebt. Die Phosphornekrose in Zündholzfabriken, die chronische Quecksilbervergiftung in Spiegelbeleganstalten, die Bleivergiftung in Bleihütten, das Augenzittern der Bergleute, die noch viel mehr Berücksichtigung verdienen, weil ihnen der Arbeiter bei längerer Beschäftigung beinahe unentrinnbar ausgesetzt ist. Und doch erhält er hier eine Rente heute erst bei völliger Invalidität und seine Angehörigen gehen leer aus." Im weiteren hebt Professor Rosin mit besonderem Nachdruck hervor, wie unsicher und schwankend die Begriffe „Unfall" und Betriebsunfall sind. Er betont, daß beim Reichsversicherungsamt die Streitsachen darüber, ob ein Unfall bei dem Betriebe vorliegt, ob der Unfall erwiesen ist, und ob ein Zusammenhang zwischen Betriebsunfall und Erwerbsunfähigkeit anzunehmen ist, nicht weniger als 30 Prozent aller Rechtsfälle ausmachen; dazu treten noch 21 Prozent, die die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit ausmachen. Gerade das Hangen und Bangen im Unfallprozesse übe, wie Professor Jollz nachgewiesen habe, auf den Nervenzustand des Verletzten und damit auf seine Heilung den ungünstigsten Einfluß aus. Die Schweiz wolle deshalb auch den Unterschied zwischen Unfall und Betriebsunfall ganz beseitigen. Professor Rosin faßt seine Reformvorschläge in folgenden Sätzen zusammen: „Einführung einer allgemeinen Witwen und Waisenversicherung, allgemeine Fürsorge auch bei Halbinvalidität, dagegen zu Gunsten dieser Einrichtung, wenn auch unter Wahrung der bewährten (?) Unfallverhütung, Aufhebung der besonderen Unfallversicherung. Das Programm bringt zwar lange nicht alle im Interesse der Arbeiterklasse erforderlichen Reformen, es läßt die Frage der Rentenhöhe und Altersgrenze unberührt, aber es enthält doch Gedanken, die bei der immer dringender werdenden Reform der Versicherungsgesetzgebung nicht übersehen werden dürfen. —

Parlamentarische Nachrichten.

Was die Volksvertreter in den verschiedenen Ländern erhalten.

Portugal.

Die Mitglieder der Zweiten Kammer erhielten früher eine Vergütigung von etwa 400 Mark den Monat, die aber seit 1892 mit Ausnahme für die Vertreter der Kolonien abgeschafft ist. Sämtliche Mitglieder haben während der Tagung freie Reise auf Eisenbahnen und Dampfschiffen. Die Kommunen sind berechtigt, ihren Vertretern eine Vergütung bis zu 16,80 Mark täglich zu gewähren.

Frankreich.

Die Mitglieder des Senats und der Deputiertenkammer haben jährlich 7000 Mark und auf den Staatsbahnen freie Reise in 1. Klasse. Außerdem haben die Präsidenten beider Kammern je 59 000 Mark und freie Wohnung.

Schweden.

Die Mitglieder der Ersten Kammer beziehen nichts, diejenigen der Zweiten Kammer 1350 Mark für die Tagung und Reisevergütung. Im Falle der Auflösung werden für den Tag 12,50 Mark und ebensoviel, sowie Reisevergütung bei einer außerordentlichen Tagung gewährt.

Norwegen.

Die Storthingsmänner erhalten täglich 13,50 Mark.

Großbritannien.

Weder das Oberhaus noch das Unterhaus erhält Vergütung. Ein 1893 eingebrachter Antrag auf Gewährung von 5650 Mark für die Mitglieder des Unterhauses wurde nach der zweiten Lesung zurückgezogen.

Niederlande.

Die Mitglieder der Ersten Kammer, die nicht im Haag wohnen, erhalten für jede Sitzung 16,80 Mark und Reisevergütung, diejenigen der Zweiten Kammer jährlich 3360 Mark und Reisevergütung.

Spanien.

Keine Vergütung.

Dänemark.

Für die Dauer der Tagung 6,75 Mark Diäten und Reisevergütung für alle Mitglieder des Reichstags.

Bulgarien.

Während der Tagung 10,10 Mark täglich und Reisevergütung. Die in der Parlamentsstadt wohnenden Abgeordneten erhalten 14 Mark, außerdem der Präsident 2419 Mark, die Vizepräsidenten je die Hälfte für jede Tagung.

Griechenland.

Für die gewöhnliche Tagung 1492 Mark, für eine außerordentliche Tagung Reisevergütung und Diäten je nach der Dauer, doch nicht unter 403 Mark und nicht über 1492 Mark.

Serbien.

8 Mark für den Tag und Reise-Vergütung; Mitglieder die ein Staatsamt bekleiden oder Pension beziehen oder in der Parlamentsstadt wohnen, nur 4 Mark. Mitglieder, die nicht beim Aufruf zugegen sind, gehen für diese Sitzung der Diäten verlustig.

Belgien.

Der Senat erhält keine Vergütung, die Deputiertenkammer mit Ausnahme der Mitglieder, die in Brüssel wohnen, 336 Mark monatlich. Keine Reisevergütung.

Rumänien.

Die Mitglieder beider Häuser erhalten für jede Sitzung, der sie beiwohnen täglich 20 Mark, sowie freie Eisenbahnreise.

Italien.

Nur freie Reise mit Eisenbahn und Dampfer.

Preußen.

Herrenhaus: keine Vergütung, freie Eisenbahnreise; Abgeordnetenhaus: 15 Mark täglich während der Tagung und Reisevergütung.

Oesterreich.

Abgeordnetenhaus: 15 Mark 20 Pf. täglich und Reisevergütung.

Ungarn.

Magnatenhaus: keine Vergütung; Abgeordnetenhaus: 3900 Mark jährlich und 1300 Mark Wohnungszuschuß, daneben ermäßigte Eisenbahnpreise.

Deutsches Reich.

Nur freie Eisenbahnreise 1. Kl.

Schweiz.

Nationalrat: 15 Mark 10 Pf. für jeden Tag, wo der Abgeordnete zugegen ist. Außerdem Reisevergütung 17 Pf. für das Kilometer. Die Mitglieder des Ständerats erhalten von ihrem Kanton im allgemeinen dieselbe Vergütung wie der Nationalrat.

Amerika.

Die Mitglieder beider Häuser der Vereinigten Staaten beziehen jährlich 20 850 Mark, sowie 520 Mark 80 Pf. für Schreibmaterial, Zeitungen u. s. w. und außerdem Reisevergütung. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

In der Nacht zum 7. März d. J. wurde vom Güterboden des hiesigen Centralbahnhofs eine Kiste mit Cigaretten und in der Nacht zum 11. April aus einem verschlossenen Wagen unter Ablösung der Plombe eine Kiste mit Käse gestohlen. Gelegentlich einer Haussuchung wurden bei dem Wagenschieber Peter Gerlach hier, geboren 1865, 36 Stück Cigarretten und 12 Stück Käse gefunden, die von den Diebstählen herrührten. Der Angeklagte behauptet, er habe die Sachen im Geleise gefunden und mitgenommen. Dem Eisenbahnarbeiter Wicher hier, geboren 1871, wurden bei der Haussuchung 23 Meter Perlenbesatz abgenommen, die er in einem Personalwagen gefunden und nicht abgeliefert haben will. Auf Grund des Beweisergebnisses verurteilte der Gerichtshof Gerlach wegen **einfachen und schweren Diebstahls** zu 10 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Wicher wegen Unterschlagung zu 50 Mark Geldstrafe. —

Der Arbeiter Wilhelm Haase zu Neustadt, geb. 1879, **mißhandelte** am 22. April d. J. auf der Straße wiederholt einen anderen Arbeiter und schlug ihn mit einem Hausschlüssel auf den Kopf. Der Angeklagte erhielt in Anbetracht der Vorstrafen 6 Monate Gefängnis. —

Der Fuhrherr Arnold Falke zu Groß-Salze, geb. 1866, fuhr am 5. April d. J., abends, mit einem nicht beleuchteten Möbelwagen. Als ein Polizeisergeant die Personalien feststellte, bot Falke ihm ein Geldgeschenk an, wenn er ihn nicht anzeige. Der Gerichtshof erkannte wegen **Bestechung** auf 50 Mark Geldstrafe. —

Der schon öfter bestrafte Schreiber Anastasius Liegnau hier, geboren 1870, **erschwindelte** sich am 6. November 1897 von einem Wiegemeister, der einen Prozeß geführt, seine rechtskräftige Forderung aber nicht hatte beitreiben können, 110 Mark unter dem Versprechen, er werde ihn zu seinem Gelde verhelfen, die Auslage sei dazu aber nötig. Liegnau gab von dem erhaltenen Betrage 20 Mark an einen Gerichtsvollzieher, damit er den im Termin ausgebliebenen Schuldner zur Ableistung des Offenbarungseides vorführe und behielt den Rest für sich. Am 22. November erschien der Angeklagte wieder bei dem Wiegemeister und log ihm vor, er komme vom Gerichtsvollzieher, die ganze ausgeklagte Summe von 700 Mark müsse beim Amtsgerichte Wolmirstedt hinterlegt werden, bevor etwas Weiteres in der Sache geschehen könne. Mit dem empfangenen Gelde wurde Liegnau dann flüchtig und verbrauchte es für sich. Den geständigen Angeklagten trafen 2 Jahre Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe ev. weitere 20 Tage Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. —

Der Musiker Hermann Heine aus Neustadt verbüßt gegenwärtig wegen verschiedener Betrügereien 5 Jahre Gefängnis. Am 5. Juni 1897 kam er hier zugereist und ging zu einem anderen Musiker, dem er klagte, er sei ohne Beschäftigung und habe Frau und acht Kinder zu ernähren. Aus Mitleid lieh der Ersuchte dem Angeklagten eine Geige und verschaffte ihm am Abend Verdienst im „Dreikaiserbund". Nach Beendigung der Tanzlustbarkeit gab Heine die Geige zurück, die sein Arbeitgeber mit anderen Instrumenten im Buffet zur Aufbewahrung zurückließ. Dann brachte er den Angeklagten nach dem „Großen Gasthof" und besorgte ihm dort Logis. Am folgenden Morgen um 7 Uhr entfernte er sich, ging nach dem „Dreikaiserbund" zurück und forderte sich von einem Dienstmädchen, das den Sachverhalt nicht kannte, die Geige, womit er verschwand. Heine wurde wegen **Betrugs** zusätzlich mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. —

In nicht öffentlicher Sitzung wurde die verehelichte Arbeiter Fischer, Dorothee geborne Bergmeier, hier, geboren 1850, wegen **Kuppelei** zu einem Tage Gefängnis und wegen unbefugter Ausübung der Schankwirtschaft zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. —

Der bereits 15 Mal bestrafte Schumacher Carl Bülow zu Buckau, geboren 1873, zankte sich am 8. Februar d. J. mit seiner Wirtschafterin und lärmte dabei derart in seinem Laden, daß sich auf der Straße ein Menschenauflauf bildete. Als ein Schutzmann erschien, machte Bülow mit einer Waffe gerade einen Angriff auf seine Wirtschafterin. Bei seiner Festnahme **leistete er heftigen Widerstand,** beleidigte im Polizeigefängnisse auch den Beamten und packte einen anderen Schutzmann an die Kehle. Wegen dieser Strafthaten erhielt Bülow eine Woche Haft und 6 Monate Gefängnis.

Gewerbegericht Magdeburg.

T. Der Rohrleger L. verlangt von dem Gas- und Wasserunternehmer Scheunemann 98.38 Mark Restlohn. Beide Parteien einigen sich auf 95.00 Mark, die Beklagter zu zahlen hat. —

Der Kellner B. ist von dem Restaurateur Bauermeister ohne Kündigung entlassen. Er verlangt für freie Kost, Wohnung und Trinkgelder, sowie Verdienst am Bierverschank 63.00 Mark Entschädigung. Beklagter wird zur Zahlung verurteilt, da kein Entlassungsgrund vorlag. —

Der Maler B. und der Arbeiter B. ist von dem Restaurateur Dieberich (Hallesche Straße) ohne Kündigung entlassen. Sie verlangen je 36.00 Mark Entschädigung, einigen sich aber, da sie den Ausschluß der Kündigung durch Unterschrift anerkannt haben, auf 3 Mark, die Beklagter zu zahlen hat. —

Die beiden Malergehilfen Sch. mußten bei dem Malermeister Ufermann mehrere Tage aussetzen. Nach mehreren Tagen forderten die Kläger ihre Papiere und für die ausgesetzten Tage ihren Lohn. Der Beklagte erklärt, nachdem er auf diese Entschädigungspflicht aufmerksam gemacht war, die verlangte Forderung von je 13.60 Mark zu zahlen. —

Kleine Chronik.

Auf den Halligen hat man Versuche gemacht, mittels Röhrenbrunnen Süßwasser zu erbohren. Das ist bisher nicht gelungen. Selbst in einer Tiefe von 340 Metern fand man noch kein trinkbares Wasser. — Zwischen Chybrow und Sambor (Galizien) stießen ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Zwölf Personen wurden verwundet. — Aus Ober-Italien treffen Nachrichten von verheerenden Ueberschwemmungen ein. Verona ist durch das Austreten der Etsch gefährdet. — Auch in Ungarn haben von neuem Unwetter gewütet, besonders in dem ganzen Arader Komitate. In Temeswar ging wieder ein Wolkenbruch nieder. Ein furchtbarer Hagelschlag verwüstete in Obad und Csakova große Flächen vorzüglich entwickelter Saaten. — In einem Weinberge in Condom (Frankreich) wurde eine Blütentraube gefunden, die 41 Centimeter mißt, obwohl sie noch nicht vollständig entwickelt ist. Die Rebe, an der sie wächst, ist eine einheimische, auf amerikanischen Stock gepfropfte und hatte bis jetzt noch keine Frucht getragen. — Auf der Wolga stieß ein Personendampfer mit einem Schleppdampfer zusammen, der drei Barken im Schlepptau hatte. Durch den heftigen Stoß wurde die Vordwand des Schlafraumes der dritten Klasse des Personendampfers eingestoßen, wobei drei Reisende getötet und sechzehn verwundet wurden. Bei der großen Panik, welche infolge des Zusammenstoßes entstand, fielen eine große Anzahl Personen ins Wasser, mindestens zehn sind ertrunken. — Das französische Packetboot „Taygete" strandete an der Elfenbeinküste bei Assini. Die Mannschaft und die Passagiere sind gerettet, das Schiff ist verloren. —

Wasserstände.

Elbe.

					Fall	Wuchs
Aussig	19. Juni	—	20. Juni	— 0.15	—	—
Dresden	„	— 1.29	„	— 1.33	0.04	—
Torgau	„	+ 0.79	„	+ 0.73	0.06	—
Wittenberg	„	—	„	+ 1.40	—	—
Roßlau	„	+ 0.80	„	+ 0.80	—	—
Barby	„	+ 1.24	„	+ 1.24	—	—
Schönebeck	„	+ 1.11	„	+ 1.10	0.01	—
Magdeburg	20. „	+ 1.25	21. „	+ 1.25	—	—
Tangermünde	19. „	+ 1.94	20. „	+ 1.85	0.09	—
Zitenberge	„	+ 1.76	„	+ 1.71	0.05	—
Dömitz, Pegel	„	+ 1.26	„	+ 1.20	0.06	—
Lauenburg	„	+ 1.38	„	+ 1.32	0.06	—

Unterhaltungsteil.

1)

Gottlieb Adler und Sohn.

Von Boleslav Prus. Autorisierte Uebersetzung aus dem Polnischen von J. Land.

Nachdruck verboten.

An einem heißen Juninachmittag fuhr Pastor Böhme in einer einspännigen Landkutsche über die ebene Chaussee, die nach der Fabrik des Gottlieb Adler führte. Er sollte ihm zunächst Gram verursachen und dachte, ihn nachher zu trösten; er sollte dem Gottlieb Adler mitteilen, daß dessen einziger Sohn Ferdinand im Auslande Schulden über Schulden gemacht habe, und nachher wollte er ihn beruhigen und für den leichtsinnigen Jüngling Verzeihung erbitten.

Gottlieb Adler war Besitzer einer Baumwollwaren-Fabrik. Die Chaussee, die von der Eisenbahnstation zu derselben hinführte, war zwar nicht von Bäumen beschattet, dafür aber äußerst rein und sorgfältig gehalten. Ihr zur linken lag die Stadt und rechts sah man die Fabrik, einen großen, vierstöckigen, in Hufeisenform gebauten Häuserblock, aus dem eine hohe Esse hervorragte, der dicke, schwarze Rauchwolken entquollen. Neben der Fabrik befand sich ein großer Garten. Inmitten des Gartens stand Adlers Villa.

Pastor Böhme vertraute während seiner Fahrt der Fürsorge auf den, der den Daniel aus der Löwenhöhle und den Jonas aus dem Walfischrachen gerettet: er band die Zügel an die Bocklehne, ließ sein Auge weit hinausschweifen und träumte. Die Fabrik des Adler und ihre Umgebung erinnerten ihn an eine andere Fabrik, weit, weit draußen im Brandenburger Thal, wo er und sein Freund Gottlieb Adler zusammen die Jugendjahre verlebt hatten. Beide waren Söhne wohlhabender Webermeister, in ein und demselben Jahre geboren, und sie hatten dieselbe Elementarschule besucht. Auf ein Vierteljahrhundert waren dann ihre Wege auseinandergangen. Böhme hatte Theologie studiert, während Adler ein halbes Hunderttausend Thaler gesammelt hatte. Dann kamen sie wieder zusammen, weit vom Vaterlande, in Polen, wo Böhme Pastor einer protestantischen Gemeinde wurde und Adler eine kleine Weberei gründete.

Seit dieser Zeit war nun bald wieder ein Vierteljahrhundert vergangen, während dessen sie als nächste Nachbarn friedlich neben einander gelebt und sich etliche male in der Woche besucht hatten. Aus der kleinen Weberei des Adler war inzwischen eine riesige Fabrik geworden, die jetzt 600 Arbeiter beschäftigte und ihrem Eigentümer jährlich 40 bis 60 Tausend Rubel brachte. Böhme aber blieb, was er gewesen war, ein armer Pastor. Da aber auch die Schätze der Seele sich verzinsen, so hatte auch er sein Einkommen, jährlich 50 000 Segen.

Zwischen den beiden Freunden bestanden auch noch andere Unterschiede. Der Pastor hatte einen Sohn, der eben die technische Hochschule in Paris absolvierte und daran dachte, sich und seinen Eltern für den Rest des Lebens ein Stück Brot zu sichern; Adler hatte auch einen Sohn, der das Gymnasium nicht zu Ende besucht hatte, seit zwei Jahren nun im Auslande lebte und nur darauf bedacht war, wie er die väterliche Kasse am besten plündern könnte. Den Pastor quälte die Frage: wird seine achtzehnjährige Tochter Anna gut heiraten? Den Adler die, was eigentlich aus seinem Sohne werden sollte. Der Pastor war mit seinem kleinen Einkommen und 50 000 Segen jährlich zufrieden, dem Adler genügte das Einkommen von 50 000 Rubeln im Jahre nicht, denn es däuchte ihm, daß das in der Bank gesammelte Kapital allzu langsam sich der ersehnten Summe von einer runden Million näherte.

Im Augenblick dachte aber Pastor Böhme an ganz andere Dinge. Die Adlersche Fabrik, die Arbeiterhäuschen um sie herum, die Villa und der Garten, das alles erinnerte ihn an seine Heimat, an die deutschen Fabriken, nach deren Muster Adler die seinige gebaut hatte. Nur schade, daß es hier kein Kinderasyl giebt, kein Spital und keine Schule. Daran lag dem Adler garnichts.

Der Wagen näherte sich der Fabrik, da fuhr er an den Arbeiterhäuschen vorbei. Ihre Bewohner sind jetzt größtenteils in den Werkstätten, nur etliche blasse, flachbrüstige Weiber begrüßen den Pastor mit den Worten: „Gelobt sei Jesus Christus!" und dieser antwortet darauf: „In Ewigkeit, Amen!" und lüftet dabei seinen alten Panamahut.

Die Kutsche fuhr in den Hof; bald erschien der Stallbursche und half dem Pastor beim Aussteigen.

„Ist der Herr zu Hause?" fragte Pastor Böhme. „Nein, er ist in der Fabrik; aber ich sage ihm gleich, daß Hochwürden gekommen sind."

Der Pastor ging über den Flur, wo ihm ein Lakai den Staubmantel abnahm, ins Besuchzimmer. Hier setzte er sich ans Fenster, um den ankommenden Adler sofort zu erblicken, und legte sich einen Plan zurecht. Er bereitete sich auf eine Rede vor, die er nach den Regeln der Rhetorik in drei Teile gliederte. Der erste Teil sollte erinnern an die unvoraussehbaren Absichten Gottes, die über die Dornen des Lebens der Menschen zum ewigen Glücke führten; im zweiten mußte gesagt werden, daß der junge Adler so lange nicht in das Haus seines Vaters zurückkehren könnte, bis seine Gläubiger eine so und so große Summe erhalten hätten. Dann wollte der Pastor dem Adler Zeit geben, seinen väterlichen Zorn auszutoben und all' die Fehltritte aufzuzählen, die der Sohn sich schon hatte zu schulden kommen lassen; im Augenblicke aber, da der erzürnte Fabrikant die Absicht aussprechen würde, seinen Sohn zu enterben und zu verfluchen, da sollte der dritte Teil der Mission des Pastors beginnen, der versöhnende.

Inzwischen kam auf dem Wege, der aus der Fabrik in die Villa führte, der alte Adler daher. Er war ein außergewöhnlich großer Mann mit unverhältnismäßig langen Füßen und seine Haltung war etwas gebückt. Er trug einen unmodernen, langen und grauen Rock, die Hosen waren ebenso in Schnitt und Farbe. In seinem gleichmäßig roten Gesichte fiel die mächtige, kugelförmige Nase auf und die wulstige Unterlippe, die wie bei einem Neger hervorstand. Einen Schnurrbart trug er nicht, nur spärliche hellblonde Kottelets. Als er den Hut abnahm, um sich den Schweiß von der Stirne zu wischen, sah man seine haselnußförmigen, blauen Augen, die keine Brauen zeigten, und kurz geschorene Haare von der Farbe grauer Leinewand.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Schwere Kur. Der ebenso gelehrte wie zerstreute Professor der Medizin X. hat soeben eine Abhandlung über die Heilung des Magenkatarrhs gelesen, als ihn jemand wegen eines Halsleidens konsultiert. Er starrt lange in den Hals hinein, dann ebenso lange auf den Fußboden und meint endlich; „Ja — ja, alte, trockene Semmeln mit Rindfleisch belegt — hm — ja — und damit recht fleißig gurgeln — verstehn Sie? — recht fleißig gurgeln — ja — hm — dann ist Ihr Magen in vier Wochen gesund. —